

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

18. Sitzung
25. Mai 2022

Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 14.49 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
Zeitweise Dr. Manuela Schmidt (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Der **Ausschuss** stimmt der Tagesordnung gemäß Einladung und den Änderungen und Ergänzungen gemäß 1. und 2. Mitteilung zu.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II A – vom 17.05.2022
**Ergebnis der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai
2022**

[0024 B](#)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, ob bereits eine Aussage möglich sei, wie sich das Land Berlin zu möglichen weiteren Entlastungspaketen des Bundes und zu angekündigten Steuersenkungen bzw. Änderungen des Steuerrechts mit Blick auf die kalte Progression positionieren werde.

Außerdem interessiere ihn, welche Erkenntnisse es in der Frage gebe, zu welchen Anteilen die Mehreinnahmen, die die neue Steuerschätzung verheiße, wachstums- bzw. inflationsgetrieben seien. Es handele sich sicherlich nicht vollständig um einen strukturellen Zuwachs.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) antwortet, eine Positionierung zu potenziellen weiteren Entlastungspaketen des Bundes könne man nicht pauschal vornehmen. Sie hänge davon ab, ob die Entlastungen durch den Bund oder die Länder getragen würden, wie die Verteilungsschlüssel ausgestaltet würden, aber auch, welche Effekte auf die einzelnen Länder zu erwarten seien. Man stimme sich in diesen Dingen jeweils im Vorfeld mit den anderen Ländern ab; dabei spielten teils auch lokale Eigenheiten eine Rolle. Man werde Nutzen und Effekte für das Land Berlin also für jeden Einzelfall betrachten und abwägen, inwieweit Maßnahmen im fiskalischen oder politischen Interesse des Landes lägen.

Bezüglich der Mehreinnahmen müsse man angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftliche Entwicklung bundesweit nicht sehr positiv sei – Berlin liege leicht über dem Bundesschnitt, die Steuern würden aber häufig über diesen geschlüsselt –, davon ausgehen, dass der Faktor Inflation eine erhebliche Rolle spiele, obwohl es in Berlin auch einige Sondereffekte in den Bereichen Erbschaftssteuer und Vermögensgeschäfte gegeben habe. Insofern sei es sinnvoll, andere inflationsgetriebene Kosten wie Energiekosten zukünftig mit den Mehreinnahmen abzufedern, wie die Koalition auch entschieden habe.

Torsten Hofer (SPD) weist darauf hin, dass aufgrund der hohen Inflation auch mit höheren Tarifabschlüssen zu rechnen sei. Wie bereite sich das Land Berlin darauf vor? – Außerdem werde in der Vorlage der Zensus 2022 erwähnt. Berichten zufolge würden dabei auch Verstorbene angeschrieben, was für Unmut Sorge. Daher bitte er um einen Bericht des Senats, wie der Zensus aktuell ablaufe und wie die Personalausstattung bei der zuständigen Behörde aussehe. Er werde hierzu noch im Verlauf der Sitzung auch schriftliche Fragen einreichen.

Sibylle Meister (FDP) schließt sich der Einschätzung an, dass die Mehreinnahmen des Landes sicherlich auch inflationsbedingt seien. Man werde sich angesichts der hohen Inflation in näherer Zukunft mit der Frage befassen müssen, was man den Menschen noch zumuten könne, und in welchem Maße man sie werde entlasten müssen.

Ihr sei aufgefallen, dass SenFin in seiner mittelfristigen Planung davon ausgehe, dass die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer weiter ansteigen würden, obwohl es dort 2021 und 2022 Sondereffekte gegeben habe, die sich nicht wiederholen würden. Insofern sei ihres Erachtens nicht mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Wie komme SenFin zu ihrer Einschätzung?

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) verspricht, der vom Abgeordneten Hofer angeforderte Bericht werde durch den Senat erstellt werden; SenFin sei hier nicht federführend. – Die Tarifverträge der TdL, in der auch Berlin Mitglied sei, seien bis Ende 2023 verhandelt. Hier sehe sie akut keine Veränderung. Über die Bereiche der Entgeltverträge, Zuwendungsempfänger, aber auch Energiekosten bei Räumlichkeiten werde man sich Gedanken machen

müssen; sie würden sonst in die Entwicklung des Tarifvertrags eingegliedert. Laufende Verhandlungen von Sparten, in denen es Effekte gebe, seien ihr derzeit nicht bekannt; das Gros sei in jedem Fall bis Ende 2023 gebunden.

Christian Bohm (SenFin) ergänzt zur Frage der Abgeordneten Meister, man habe in der Tat eingepreist, dass 2023 mit geringeren Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer als 2022 zu rechnen sei. Danach gehe man in Übereinstimmung mit der bundesweiten Schätzung davon aus, dass diese Einnahmen wieder anstiegen, was durch allgemein steigende Vermögenspreise und höhere Immobilienpreise begründet sei. Man befinde sich bei der Schätzung in einer schwierigen Situation, weil z. B. noch unklar sei, wie sich hier das Zinsniveau auswirken werde. In Berlin reagiere die Grunderwerbsteuer aber deutlich dynamischer als in anderen Ländern, was an dem hohen Preisniveau auf dem Immobilienmarkt liege.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0024 B zur Kenntnis.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (2. Lesung)

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

[0200](#)
Haupt (f)

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200-Anlage

[0200-Anlage](#)

Mitberaten werden:

a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0225

[0174](#)
Haupt

Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025

a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022
**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025**

[0174 A](#)
Haupt

- b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022 [0137 A](#)
**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)**
hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)
Haupt
- c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022 [0001 A](#)
**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung**
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)
Haupt
- d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022 [0173](#)
FM-Titelliste
Haupt
- e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022 [0200 A](#)
IKT-Titelliste
Haupt
- f) Bericht SenFin – II D 3 – vom 20.04.2022 [0252](#)
**Pauschalierte Übersicht der flüchtlingsbedingten /
zuwanderungsbedingten Kosten
einzelplanübergreifend aufliefern**
(Berichtsauftrag aus der 5. Sitzung vom 16.03.2022)
(aus der 13. Sitzung am 27.04.2022 – läuft während der
Haushaltsberatungen 2022/2023 mit)
Haupt
- g) Bericht SenFin – II B – vom 13.04.2022 [0254](#)
**Gesamtliste aller weggefallenen, umgesetzten und
neuen Titel**
(Berichtsauftrag aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Haupt
- h) Sammelvorlage SenFin – ZS D – vom 20.04.2022 [0250](#)
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 1 – Zuschuss an den 1. FC Union
(Berichtsaufträge aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Einzelplan 15 und 29
Haupt

- i) Sammelvorlage SenFin – ZS D – vom 20.04.2022 [0250](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 2 – Änderungen im USt-Recht / Landes-
mindestlohn / Tarifmittel
(Berichtsaufträge aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Einzelplan 15 und 29
Haupt
- j) Bericht SenFin – II B – vom 30.04.2022 [0271](#)
Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen
und Darstellung der Inanspruchnahme in Vorjahren
(Berichtsauftrag aus der 12. Sitzung vom 08.04.2022)
Haupt

Einzelplan 06 – Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

hierzu liegen vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 28 sind den einzelnen
Titeln zugeordnet worden.
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 28 sind den einzelnen
Titeln zugeordnet worden.
- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 06 [0200 AZ](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 12 sind den einzelnen
Titeln zugeordnet worden.
- d) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06 [0200 BH](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 33 sind den einzelnen
Titeln zugeordnet worden.

- e) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 13 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

Übergreifend mitberaten werden:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 1 – Verfahrensabläufe
lfd. Nr. 2 – Sicherheitsausstattung
lfd. Nr. 3 – Dienstkleidung
lfd. Nr. 13 – Einnahmen
lfd. Nr. 14 – Gebäudeinvestitionsbedarf
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Heiko Melzer (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu den Berichten 11, 24, 40, 52, 56 und 60 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 bis 27.05.2022 schriftlich Fragen nachreichen werde.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nrn. 1 bis 3, 13 und 14 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 12 - Aufbau und Struktur Abteilung V
lfd. Nr. 14 - Ausstattung und Aufgaben Abteilung V
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, er habe Nachfragen zur neuen Abt. V – Vielfalt in Justiz und Gesellschaft. Er bitte zu erläutern, was es mit der Abteilung auf sich habe. Außerdem interessiere ihn die Abgrenzung zur Abt. VI – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, LADS. Als Schwerpunkt des Referats V A werde die Vielfalt in der Justiz genannt; inwieweit werde dort auch der Bereich Gesellschaft thematisiert? Bestehe nicht die Gefahr von Konkurrenzen zur LADS, wo ebenfalls Diversität abgebildet werde? Wie gehe man damit um? – Zudem bitte er um einen Folgebericht zum Aufbau der Abt. V mit einer Darstellung des Entwicklungsstands, der inhaltlichen Entwicklung, konkreter Vorhaben etc. Den Bericht werde man dann vermutlich an den Fachausschuss weiterleiten.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht werde bis Ende 2022 erwartet.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) bemerkt einleitend, dass die Notwendigkeit der Gründung der Abteilung sich aus dem Koalitionsvertrag ergebe, da die Senatsverwaltung schon dem Namen nach für „Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung“ zuständig sei. Die Senatorin und die Hausleitung hätten sich mit der Frage befasst, was das strukturell bedeute und wie man die Aufgabe „Vielfalt“ innerhalb des Hauses abbilden könne. Man habe die politische Auffassung der Koalition so verstanden, dass es eine Aufwertung dieses Themas geben solle. Diese glaube man mit der neu geschaffenen Abt. V zu schaffen.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) führt weiter aus, aus den Richtlinien der Regierung folgten u. a. die Aufträge, soziale Gerechtigkeit zu befördern, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, strukturelle Diskriminierung zu identifizieren und abzubauen sowie sich für Diversität in der Justiz einzusetzen. Hier habe man sich besonders des diskriminierungsfreien Zugangs zum Recht, der Vielfalt in der Justiz, des strukturellen Abbaus von Diskriminierungen in Justiz und Gesellschaft angenommen. Dazu gehörten zwei Referate, die zuvor in Abt. II verortet gewesen seien: die diversitätsorientierte justizielle Opferhilfe – die zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Straftaten und Terroranschlägen und deren Angehörige – und Stiftungsaufsicht und Stiftungsrecht, die einen besonderen Fokus erhielten, indem das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement in der Diversitätsorientierung gedacht werde.

Außerdem sei die neue Abteilung Ausdruck dessen, was Verwaltung künftig immer mehr leisten werde müssen: agil und im Querschnitt zu arbeiten. Es gehe nicht um Konkurrenz und Abgrenzung von Abt. VI. Zwar existierten Querschnitte, der Fokus der Abteilung liege aber auf Vielfalt in Justiz und Gesellschaft. Es werde gemäß der Devise „die Justiz formt die Gesellschaft und die Gesellschaft formt die Justiz“ gearbeitet. Schnittmengen der Abt. V gebe es neben der Abt. VI auch mit dem GJPA, was sich ebenfalls aus den Richtlinien der Regierung ergebe. Hier sollten künftig Fragen von kindgerechter Justiz, Zugang zum Recht etc. verortet sein, die natürlich auch andernorts thematisiert würden. Eine juristische Denkwerkstatt solle eingerichtet werden, die über die Abteilung hinausgehe, auch in die Abteilungen der Staatssekretärin für Justiz. Die zentrale Anlaufstelle solle die Themen Justiz und öffentliche Sicherheit, Soziales, Gesundheit, Demokratieförderung, Gleichstellung und Antidiskriminierung bedienen; auch hierbei handele es sich um Querschnittsaufgaben. Beim Stiftungsrecht gehe es neben der operationalen Arbeit um Förderung des Stiftungswesens im Hinblick auf Diversität. Auch das ergebe sich aus den Richtlinien der Regierung, die sich zum Ziel gesetzt habe, die freiwillig Engagierten zu unterstützen, auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft zu agieren und für diese Belange für alle in der Stadt ansprechbar zu sein.

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, was unter „kindgerechter Justiz“ zu verstehen sei; dass im Sinne von Kindern geurteilt werden solle, verstehe sich ja von selbst.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) legt dar, Kinder kämen in vielfältiger Art und Weise mit der Justiz in Berührung; so z. B., wenn sie Opfer von Straftaten würden, wenn sie Gegenstand von Sorgerechtsstreitigkeiten würden, wenn ihre Eltern inhaftiert seien. Die Berührungspunkte seien vielfältiger, als es auf den ersten Blick scheine. Diese Aspekte, die derzeit nebeneinander existierten, sollten zusammengeführt werden, um ein besseres Verständnis des Kindes auch im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention zu erreichen. Man müsse identifizie-

ren, wo sich die Justiz möglicherweise verbessern könne. Es gebe in der Berliner Justiz bereits gute und tragfähige Konzepte; sie erhoffe sich aber weitere Verbesserungen zur Stärkung der Position des Kindes in der Justiz durch eine Verbindung der einzelnen Aspekte.

Antonin Brousek (AfD) fragt, was mit einer „juristischen Denkwerkstatt“ gemeint sei.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) antwortet, es gebe grundlegende Fragen, mit denen sich über verschiedene Abteilungen hinweg Juristen und Experten befassten, um Impulse in die verschiedenen Abteilungen zu geben. Viele Dinge seien Querschnittsthemen; so sei Vielfalt in der Abt. I ebenso Thema wie in der Abt. VI und spiele auch in der Abt. III eine Rolle. Insofern müsse man das auch zusammen denken. Das werde im Haus übergreifend im Sinne einer agilen Verwaltung getan.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 12 und 14 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

Haupt

hier: lfd. Nr. 16 - Pauschale Minderausgaben für
Personalausgaben

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Sebastian Walter (GRÜNE) meint, er verstehe den Bericht dahingehend, dass die Personal-PMA in den vergangenen Jahren nicht aufgelöst worden sei, sondern es Zusatzbedarfe für die Personaleinstellungen gegeben habe. Er bitte darum, dass dem Ausschuss bis zum Ende des dritten Quartals eine aktuelle Übersicht zum Stand der Einstellungen zur Verfügung gestellt und der Umgang mit der PMA erklärt werde. Sofern es weitere PMAs gebe, bitte er auch um Informationen darüber, wie deren Auflösung aussehen könnte.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) sagt dies zu.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 16 der Sammelvorlage 0276 zur Kenntnis.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung vom 04.05.2022**

[0200 X](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 1

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt

Ansatz 2022	925 000 Euro	- 50 000 Euro
Ansatz 2023	865 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 50 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 1 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	350 000 Euro	+ 200 000 Euro
Ansatz 2023	350 000 Euro	+ 200 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 17 - Nutzerspezifische Nebenkosten im
Rahmen des Facility Managements
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 17 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52703 – Dienstreisen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 2
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	55 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	80 000 Euro	- 15 000 Euro

Ergänzung der Erläuterung:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 20.000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 2 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	135 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	115 000 Euro	+ 5 000 Euro

TA 4 Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen

Ansatz 2022	15 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	10 000 Euro	+ 5 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 3
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	38 200 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	55 000 Euro	- 18 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 3 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 4
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	1 006 000 Euro	- 156 000 Euro
Ansatz 2023	1 006 000 Euro	- 64 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 4 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 18 und 19 – Geschäftsprozessoptimierung
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 18 und 19 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum

[0200 BJ](#)

Einzelplan 06

Haupt

hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	962 000 Euro	+ 1 287 000 Euro
Ansatz 2023	1 139 000 Euro	+ 1 369 000 Euro
VE 2022	1 390 000 Euro	+ 1 374 600 Euro
davon fällig 2024	430 000 Euro	+ 1 374 600 Euro

Die Erläuterung Nr. 12 wird wie folgt gefasst:

„12. Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr
Diversität in der Justiz

2022: 5 000 Euro;

2023: 5 000 Euro;

2021: --- Euro“

Folgende Erläuterung Nr. 15 wird angefügt:

„15. Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambu-
lanz, Childhood-House)

2022: 1 292 100 Euro;

2023: 1 374 600 Euro;

2021: --- Euro“

Die Additionszeilen unterhalb der neuen Nr. 15 werden
wie folgt gefasst:

„2022: 2 248 500 Euro;

2023: 2 508 000 Euro;

2021: 871 400 Euro;

2022 rd.: 2 249 000 Euro;

2023 rd.: 2 508 000 Euro;

2021 rd.: 872 000 Euro“

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 1

[0200 AZ](#)
Haupt

Dienstleistungen

13. Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“		
Ansatz 2022	962 000 Euro	+ 10 000 Euro
Teilansatz 2022	10 000 Euro	
Ansatz 2023	1 139 000 Euro	+ 50 000 Euro
Teilansatz 2023	50 000 Euro	

- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 2

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	962 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2023	1 139 000 Euro	+ 5 000 Euro

TA 3 externe Beratungsdienstleistung Gesundheitspakt

Justizvollzug

Ansatz 2022	60 000 Euro	+ 15 000 Euro
Ansatz 2023	60 000 Euro	+ 15 000 Euro

TA 12 Dienstleistungen zur Frauenförderung und
mehr Diversität in der Justiz

Ansatz 2022	10 000 Euro	- 10 000 Euro
Ansatz 2023	10 000 Euro	- 10 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nr. 2 der CDU-Fraktion, lfd. Nr. 1 der FDP-Fraktion und lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion jeweils ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 20 – Dienstleistungen
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

[0276](#)
Haupt

- b) Schreiben SenJustVA – III B 2.2 – vom 28.04.2022 [0293](#)
Vergabe eines Auftrages für eine Ist-Analyse und
Vorschläge für eine Sollstruktur der Schichtpläne in
den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin
bezogen auf deren Gesundheitsförderlichkeit und
Sozialverträglichkeit
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt auf das noch im Aufbau befindliche Modellprojekt für die aufsuchende Zustellung von Räumungsklagen zu sprechen, im Rahmen dessen man mit Beratungs- und Informationsmöglichkeiten eine Reduktion herbeiführen wolle. Bis wann glaube die Verwaltung, einen substanziierten Bericht vorlegen zu können? – Auch in diesem Fall sei eine Weiterleitung an den Fachausschuss sinnvoll.

Sibylle Meister (FDP) geht auf das Schreiben rote Nr. 0293 ein und meint, es sei in der Tat wichtig, sich über die Schichtplangestaltung Gedanken zu machen; es erstaune sie aber, dass dafür externe Beratung gebraucht werde. Sie gehe davon aus, dass die Probleme in der Zusammenarbeit mit den Personalräten deutlich würden und man gemeinsam eine Lösung erarbeiten könne. Insbesondere erfahrenen Mitarbeitern seien doch in diesem Zusammenhang sicherlich viele Dinge ohnehin klar.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) versichert, man werde dem Hauptausschuss berichten, sobald Erkenntnisse über den Erfolg des Modellprojekts für die aufsuchende Zustellung von Räumungsklagen vorlägen; Anfang 2024 sei dabei ein realistisches Datum.

Was die Schichtmodelle angehe, habe SenJustVA die nötige Expertise nicht selbst im Haus. Es handele sich um eine Frage des Gesundheitsmanagements, das für die Verwaltung einen hohen Stellenwert habe. Die Gesundheitsquote sei insgesamt gesteigert worden, und es gebe ein großes Interesse, diesen Prozess fortzusetzen. In der Vergangenheit sei es nicht gelungen, entsprechende Beratung zu finden, man werde die Bemühungen aber aufrechterhalten.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 20 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis. Dem Schreiben rote Nr. 0293 wird wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

Titel 63102 – Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	1 000 Euro	+ 109 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 Euro	+ 109 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68262 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	100 000 Euro	+ 200 000 Euro
Ansatz 2023	100 000 Euro	+ 200 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 21 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel
an das SILB – Versorgungsküche JVA Plötzensee
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 21 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 5

- b) **Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum Einzelplan 06** [0200 AZ](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	8 278 000 Euro	- 827 800 Euro
Ansatz 2023	9 731 000 Euro	- 973 100 Euro

Die Titelerläuterung zu folgenden Projekten wird wie folgt gefasst (verbindliche Erläuterung):

Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House)

2022	1 292 100 Euro
2023	1 374 600 Euro

Beratung für Männer – gegen Gewalt

2022	300 000 Euro
2023	300 000 Euro

- c) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	8 278 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	9 731 000 Euro	+ 97 000 Euro

Anpassung der Tabelle:

Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“

2022:	1 292 100 Euro
2023:	1 471 600 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 5 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 22 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 22 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 23 – Auflösung Pauschale Minderausgaben

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt fest, dass zur Auflösung einer PMA im vergangenen Doppelhaushalt Titel herangezogen worden seien, die das Abgeordnetenhaus selbst zuvor verstärkt habe. Im Haushaltsgesetz sei zu diesem Zeitpunkt aber festgelegt gewesen, dass solche Titel nicht zur Auflösung der PMAs herangezogen werden dürften. Das Vorgehen habe somit nicht die Intention des Abgeordnetenhauses und des Haushaltsgesetzes abgebildet. Im Entwurf des neuen Haushaltsgesetzes sei die alte Regelung wieder enthalten, und der Hauptausschuss werde beim aktuellen Verfahren einen besonderen Blick darauf haben, dass eine Umgehung kein weiteres Mal statfinde.

Mandy Nöh (SenJustVA) versichert, SenJustVA halte sich an das Haushaltsgesetz. Die Verwaltung denke bezüglich der Titel in Teilansätzen, und die Teilansätze, die der Haushaltsgesetzgeber verstärkt habe, seien nicht zur Erbringung der PMA herangezogen worden.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 23 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**

[0200 X](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 6

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 6 Haupt

Ansatz 2022	566 000 Euro	- 66 000 Euro
Ansatz 2023	566 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 6 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 81230 – Neuverkabelung Campus Moabit

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 24 – Neuverkabelung im Campus Moabit
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 24 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 25 – Geräte, technische Einrichtungen,
Ausstattungsgegenstände für die verfahrensabhängige
IKT
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass dem Ausschuss bis 31.12.2022 ein Bericht zum bis dahin stattgefundenen Mittelabfluss im Bereich IKT vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, ein entsprechender Bericht werde erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 25 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 26 – Aufgabenverteilung LADS/SenGPG
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 26 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	100 000 Euro	+ 100 000 Euro
Ansatz 2023	100 000 Euro	+ 100 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	365 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	473 000 Euro	- 90 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	20 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	20 000 Euro	- 20 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 31

Ansatz 2022	2 054 000 Euro	- 1 054 000 Euro
Ansatz 2023	2 074 000 Euro	- 1 074 000 Euro

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 6

Ansatz 2022	2 054 000 Euro	- 35 000 Euro
Ansatz 2023	2 074 000 Euro	- 35 000 Euro

c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	2 054 000 Euro	+ 60 000 Euro
Ansatz 2023	2 074 000 Euro	+ 60 000 Euro

Die Ansatzerhöhung dient zur Finanzierung einer E13 (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung) Stelle beim Antisemitismusbeauftragten. (verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nr. 31 der AfD-Fraktion, lfd. Nr. 6 der CDU-Fraktion und lfd. Nr. 4 der FDP-Fraktion jeweils ohne Aussprache ab.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	60 000 Euro	- 30 000 Euro
Ansatz 2023	120 000 Euro	- 90 000 Euro

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	60 000 Euro	- 15 000 Euro
Ansatz 2023	120 000 Euro	- 30 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nr. 4 der AfD-Fraktion und lfd. Nr. 7 der CDU-Fraktion jeweils ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
Haupt
hier: lfd. Nr. 27 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und
Räume
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 27 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	55 000 Euro	- 15 000 Euro
Ansatz 2023	55 000 Euro	- 15 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 6

Ansatz 2022	1 037 000 Euro	- 668 000 Euro
Ansatz 2023	1 174 000 Euro	- 668 000 Euro
VE 2022	966 000 Euro	- 316 000 Euro

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022	1 037 000 Euro	- 157 000 Euro
Ansatz 2023	1 174 000 Euro	- 157 000 Euro
VE 2022	966 000 Euro	- 966 000 Euro

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):
150 000 Euro zur Erstellung einer Monitoringstudie
Antisemitismus in den Berliner Bezirken

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	1 037 000 Euro	- 103 700 Euro
Ansatz 2023	1 174 000 Euro	- 117 400 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nr. 6 der AfD-Fraktion, lfd. Nr. 8 der CDU-Fraktion und lfd. Nr. 5 der FDP-Fraktion jeweils ohne Aussprache ab.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	70 000 Euro	- 55 000 Euro
Ansatz 2023	75 000 Euro	- 60 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 8

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 000 Euro	- 5 000 Euro
Ansatz 2023	-	+/- 0 Euro

Der Titel entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 7

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 9

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	13 940 000 Euro	- 6 440 000 Euro
Ansatz 2023	17 020 000 Euro	- 9 520 000 Euro
VE 2022	-	+/- 0 Euro
VE 2023	5 500 000 Euro	- 5 500 000 Euro

TA 6 entfällt. Da der Teilansatz Nr. 6 entfällt, entfallen auch die Sperrvermerke in Höhe von jeweils 200 000 Euro.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 7
Haupt

Ansatz 2022	13 940 000 Euro	+ 1 947 000 Euro
Ansatz 2023	17 020 000 Euro	+/- 0 Euro

Die Erläuterung wird um einen Teilansatz Nr. 8 „Allgemeine Verstärkung“ mit einem Betrag von 1 947 000 Euro in 2022 ergänzt.

- d) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 06** [0200 AZ](#)
hier: lfd. Nr. 6
Haupt

Ansatz 2022	13 940 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	17 020 000 Euro	- 1 863 000 Euro

- e) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 06** [0200 BJ](#)
hier: lfd. Nr. 9
Haupt

Ansatz 2022	13 940 000 Euro	- 34 000 Euro
Ansatz 2023	17 020 000 Euro	+ 80 000 Euro

In der Erläuterung Nr. 3, „Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sowie Projekte im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ werden die Beträge wie folgt gefasst:

„2022: 7 752 569 Euro;
2023: 9 666 670 Euro;
2021: 8 474 600 Euro“

Die Zeile mit den Summen wird wie folgt gefasst:

„2022: 13 906 000 Euro;
2023: 17 100 000 Euro;
2021: 15 157 000 Euro“

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 7 der Stellungnahme 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er lehnt die Änderungsanträge lfd. Nr. 9 der AfD-Fraktion, lfd. Nr. 6 der FDP-Fraktion und lfd. Nr. 9 der CDU-Fraktion jeweils ohne Aussprache ab. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 28, 29, 30 und 31 – Zuschüsse an soziale
oder ähnliche Einrichtungen

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Sebastian Walter (GRÜNE) geht auf Bericht 28 ein, in dem die Zuwendungsprojekte gelistet seien. Dort sei die Höhe der jeweiligen Zuwendungen 2022 verzeichnet, und es werde darauf verwiesen, dass für das Jahr 2023 noch keine konkreten Summen benannt werden könnten, weil die Förderanträge noch nicht eingegangen seien. Er bitte darum, dass dem Ausschuss eine entsprechende Übersicht zur Verfügung gestellt werde, sobald das möglich sei.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) schlägt vor, der Bericht solle bis Anfang 2023 vorgelegt werden, da bis dahin auch Drittmittelanträge etc. eingegangen sein würden und man dann eine lückenlose Darstellung liefern könne.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, es solle entsprechend verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 28 bis 31 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 89202 – Zuschuss für das Schwarze Community Center

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum

[0200 BH](#)

Einzelplan 06

Haupt

hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022 1 000 Euro - 1 000 Euro

Ansatz 2023 - +/- 0 Euro

Der Titel entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 32 – Zuschuss für das Schwarze

Community Center

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass dem Ausschuss ein Folgebericht vorgelegt werde, wenn die rechtliche und haushaltsmäßige Prüfung der Förderung im Herbst 2022 abgeschlossen sei.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) sagt zu, der Bericht werde wie gewünscht geliefert.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 32 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht, dass dem Ausschuss ein Bericht zur Umsetzung der elektronischen zweiten Staatsprüfung vorgelegt werde. Er schlägt den 31.10.2022 als Berichtsdatum vor, bitte aber die Verwaltung um Einschätzung, ob das Datum sinnvoll gewählt sei.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) antwortet, sie schläge vor, den Bericht bis Mitte November zu liefern, da es im Oktober noch einen Durchlauf einer Probeklausur gebe.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass entsprechend verfahren werden solle.

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum

[0200 AZ](#)

Einzelplan 06

Haupt

hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022 780 000 Euro + 50 000 Euro

Ansatz 2023 780 000 Euro + 50 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 8
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022	950 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	950 000 Euro	+/- 0 Euro

Am Ende des Satzes wird „einschließlich Aus- und Fortbildung Mediation“ eingefügt.

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 8 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Personalüberhang -

Ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft

Gender Budgeting

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 33 – Gender Budgeting
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 33 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 11

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	3 420 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	3 512 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

S. 58: Titel 52703 – Dienstreisen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 9

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 9

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	18 000 Euro	- 8 000 Euro
Ansatz 2023	18 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 8 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 9 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 34 – Dienstleistungen für die
verfahrensunabhängige IKT
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass dem Ausschuss bis 31.12.2022 ein Folgebericht zum Mittelabfluss zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass so verfahren werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 34 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Ansatz 2022	12 304 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	12 422 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52703 – Dienstreisen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 10 Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 10 Haupt

Ansatz 2022	15 000 Euro	- 5 000 Euro
Ansatz 2023	25 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 5 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 10 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Kapitel 0613 – Amtsanwaltschaft

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 13

Ansatz 2022	2 861 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	2 888 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0614 – Europäische Staatsanwaltschaft

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 35 – Sanktionen gegen Russland
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, welche Rolle die neue europäische Staatsanwaltschaft bei Sanktionsdurchsetzungsverfahren spielen werde, die sich möglicherweise

aufgrund des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes I, das derzeit im Bund in Bearbeitung sei und dem möglicherweise noch ein Sanktionsdurchsetzungsgesetz II folgen solle, ergäben. – Lohne es sich außerdem nach Einschätzung der Verwaltung, einen Folgebericht zur Frage der Sanktionsdurchsetzung an dieser Stelle auszulösen? Oder sei es sinnvoller, das anderweitig nachzuhalten?

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) erläutert, die europäische Staatsanwaltschaft gebe es, um Delikte zu verfolgen, die gegen EU-Recht verstießen; nur wenn solche Delikte vorlägen, könne sie tätig werden. Vergehen gegen Bundesrecht seien nur betroffen, wenn es um Felder gehe, in denen das EU-Recht in das Bundesrecht durchschlage.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach, ob er die Staatssekretärin dahingehend richtig verstanden habe, dass die europäische Staatsanwaltschaft zuständig sei, wenn und soweit es um Sanktionen gehe, die auf europäischen rechtlichen Vereinbarungen fußten.

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) antwortet, das hänge davon ab, ob es einen Normenauftrag aus dem EU-Recht gebe; sofern das der Fall sei, könne es sein, dass die europäische Staatsanwaltschaft zuständig sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, dann bitte er darum, dass bis 31.12.2022 ein Folgebericht zu der Frage, ob bei der europäischen Staatsanwaltschaft aufgrund von europäischen Sanktionsregelungen Verfahren stattfänden und wie deren Erledigung aussehe, vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, es solle so verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 35 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Kapitel 0615 – Kammergericht

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 36 – Emotet-Angriff

lfd. Nr. 37 – Gender Budgeting

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

[0276](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 36 und 37 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 38 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen
(nur für Justiz)
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 38 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42221 – Bezüge der Anwärtnerinnen und Anwärter

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 39 – Bezüge der Anwärtnerinnen und
Anwärter
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 39 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 14

Ansatz 2022	8 784 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	8 869 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 11
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Ansatz 2022	1 349 000 Euro	- 350 000 Euro
Ansatz 2023	809 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 350.000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 11 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 33

Ansatz 2022	130 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	160 000 Euro	+ 30 000 Euro

Einrichtung der Justizakademie
Ansatz 2023: 80 000 Euro (statt 50 000 Euro)

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 33 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 40 – Geräte, Ausstattung und

Ausrüstungsgegenstände

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 40 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum

[0200 AZ](#)

Einzelplan 06

Haupt

hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022 125 000 Euro + 150 000 Euro

Ansatz 2023 125 000 Euro + 150 000 Euro

Die Titelerläuterung wird wie folgt neu gefasst:
Zentrale Veranschlagung für Ausrüstungsgegenstände (inklusive Sicherheitsausrüstung) der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichte und der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere auch für die Justizwachtmeisteranwärterinnen und Justizwachtmeisteranwärter.
(verbindliche Erläuterung)

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52703 – Dienstreisen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**

[0200 X](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 12

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 12 Haupt

Ansatz 2022	52 000 Euro	- 12 700 Euro
Ansatz 2023	52 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 12 700 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 12 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 13 Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 13 Haupt

Ansatz 2022	275 000 Euro	- 100 000 Euro
Ansatz 2023	125 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 100 000 Euro
2023: 0 Euro

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	275 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	125 000 Euro	+/- 0 Euro

Sperrvermerk betreffend 150 000 Euro, die 2022 für den Betrieb der Impfstelle vorgesehen sind.

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 13 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu. Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der CDU-Fraktion wird ohne Aussprache abgelehnt.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 41 – Dienstleistungen für die
verfahrensunabhängige IKT
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass auch hier ein Anschlussbericht zum Mittelabfluss bis 31.12.2022 vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass so verfahren werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 41 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 42 – Dienstleistungen für die
verfahrensabhängige IKT
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht, dass dem Ausschuss bis 31.12.2022 ein Bericht zu IKT-Projekten und Mittelabflüssen vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass so verfahren werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 42 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 81254 – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum **Einzelplan 06** [0200 BJ](#)
hier: lfd. Nr. 11 Haupt

Ansatz 2022	1 970 000 Euro	+ 250 000 Euro
Ansatz 2023	2 270 000 Euro	+ 250 000 Euro

Bei den „Erläuterungen 2022“ wird in der Zeile „Kauf von Videokonferenzsystemen“ der Betrag „250 000 Euro“ geändert in „500 000 Euro. Die Summe wird geändert in „2 220 000“.

Bei den „Erläuterungen 2023“ wird folgende Zeile angefügt: „Kauf von Videokonferenzsystemen 250 000 Euro.“ Die Summe wird geändert in „2 520 000 Euro“.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0616 – Landgericht

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 43 und 44 – Teilung Landgericht
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 43 und 44 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Ansatz 2022	32 925 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2023	33 692 000 Euro	- 28 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 15

Ansatz 2022	9 098 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	9 186 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 14 Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 14 Haupt

Ansatz 2022	2 561 000 Euro	- 200 000 Euro
Ansatz 2023	2 921 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 200 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 14 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 45 – Nutzerspezifische Nebenkosten im
Rahmen des Facility Managements
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 45 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 46 – Planungen zum Amtsgericht
Marzahn-Hellersdorf
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 46 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 16

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	4 884 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	4 931 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Vorsitzende Franziska Becker erklärt nach Einholung der Zustimmung der AfD-Fraktion, deren Änderungsanträge lfd. Nrn. 16 bis 27 der roten Nr. 0200 BH würden im Block abgestimmt.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 16 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 15

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 15

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	580 000 Euro	- 35 000 Euro
Ansatz 2023	575 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 35 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 15 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 16 Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 16 Haupt

Ansatz 2022	20 200 Euro	- 10 200 Euro
Ansatz 2023	20 200 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 16 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 16 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 17

Ansatz 2022	1 979 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	1 998 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 17 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 17
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 17

Ansatz 2022	315 000 Euro	- 65 000 Euro
Ansatz 2023	280 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 65 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 17 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 17 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 18

Ansatz 2022	2 318 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	2 340 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 18
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 18

Ansatz 2022	366 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	346 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 20 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 18 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 19

Ansatz 2022	3 407 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	3 440 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 19 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 20

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 060 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	2 080 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 20 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 21

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 370 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	2 392 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 21 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 22

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	4 270 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	4 311 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 22 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 19

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 19

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	492 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	472 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 20 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 19 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 19 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 23

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	3 102 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	3 132 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 23 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 20

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 20

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	18 100 Euro	- 8 100 Euro
Ansatz 2023	18 100 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 20 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 20 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0628 – Amtsgericht Kreuzberg

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 24

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 101 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	5 150 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 24 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 47 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

[0276](#)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, dass bis Jahresende ein Sachstandsbericht zu Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen vorgelegt werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Ausschuss erwarte den Bericht bis 31.12.2022.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 47 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 11923 – Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 48 – Einnahmen aus der Abschöpfung von
Gewinnen aus Straftaten
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert daran, dass Berlin eines der Pionierbundesländer bei der Änderung des Vermögensabschöpfungsrechts gewesen sei. Das Abgeordnetenhaus habe das mit einem inzwischen umgesetzten Antrag begleitet, der es ermögliche, Liegenschaften dann, wenn es keinen Opferausgleich geben könne, für Zwecke des Gemeinwohls zu nutzen. Er bitte zu dem Thema um einen Sachstands- und Folgebericht bis 31.12.2022.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, es solle entsprechend verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 48 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 11930 – Hinterlegungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 49 – Hinterlegungen
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Ohne Aufruf.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 25

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	9 575 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	9 667 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 25 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 50 – Gerichts- und ähnliche Kosten
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

[0276](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 50 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 21

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 21

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	24 000 Euro	- 9 000 Euro
Ansatz 2023	24 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 21 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 21 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 26

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	3 663 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	3 699 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 26 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 27

[0200 BH](#)
Haupt

Ansatz 2022	1 870 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	1 888 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 27 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 22
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 22

Ansatz 2022	3 102 000 Euro	- 22 000 Euro
Ansatz 2023	3 100 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 22 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 22 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 22 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06
Haupt
hier: lfd. Nr. 28

Ansatz 2022	1 353 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	1 367 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 28 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 81260 – Kommunikation und Datenverarbeitung

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 51 – IT-Sicherheitsarchitektur

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 51 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum

[0200 BH](#)

Einzelplan 06

Haupt

hier: lfd. Nr. 29

Ansatz 2022 3 494 000 Euro + 50 000 Euro

Ansatz 2023 3 528 000 Euro + 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 29 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung vom 04.05.2022**

[0200 X](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 23

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 23 Haupt

Ansatz 2022	858 000 Euro	- 170 000 Euro
Ansatz 2023	1 003 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 23 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 23 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 52 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete
aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility
Management
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um einen Folgebericht, da einige der in der ersten Lesung gestellten Fragen unbeantwortet geblieben seien. Das gelte insbesondere für die Frage nach den Kosten für die Sanierungen des Kathreiner-Hauses, nachdem dort Bedenken im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz aufgekommen seien und ein schlechterer Instandhaltungszustand als zunächst angenommen offenbar geworden sei, und die Fragen nach der zeitlichen Planung. Ergänzend möge bitte die Frage beantwortet werden, wie lange der Mietvertrag für das Verwaltungsgericht in der Kirchstraße noch laufe bzw. wann er zuletzt verlängert worden sei. Der Bericht solle bis September 2022 vorgelegt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass entsprechend verfahren werden solle.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 52 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum [0200 BJ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 13

Ansatz 2022	667 000 Euro	- 650 000 Euro
Ansatz 2023	617 000 Euro	- 600 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0651 – Sozialgericht

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 30

Ansatz 2022	8 506 000 Euro	+ 50 000 Euro
Ansatz 2023	8 588 000 Euro	+ 50 000 Euro

Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L)
im Bereich der Geschäftsstelle.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 30 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 24 Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 24 Haupt

Ansatz 2022	280 000 Euro	- 20 000 Euro
Ansatz 2023	280 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 20 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 24 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt Änderungsantrag lfd. Nr. 24 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 53 – Geschäftsbedarf
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 53 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Übergreifend mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 4 - Bildungsakademie des Justizvollzuges
lfd. Nr. 5 - Brücke über den Friedrich-Olbricht-Damm
lfd. Nr. 6 - Fortbildungskosten Justizvollzugsanstalten
lfd. Nr. 7 - Dienst- und Schutzkleidung - Justizvollzugsanstalten
lfd. Nr. 10 - Fortbildungskosten Justizvollzugsanstalten
lfd. Nr. 11 - Beschäftigungsmöglichkeiten für Inhaftierte
lfd. Nr. 54 – Ergänzung HA Bericht 0001 A
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nrn. 4 bis 7, 10, 11 und 54 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 9

[0200 AZ](#)
Haupt

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	–	+ 200 000 Euro

Titelerläuterung: Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022**
hier: lfd. Nr. 25

[0200 X](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06**
hier: lfd. Nr. 25

[0200 AP](#)
Haupt

Ansatz 2022	4 218 000 Euro	- 100 000 Euro
Ansatz 2023	4 687 000 Euro	+/- 0 Euro

Ergänzung der Tabelle:
Noch aufzulösende Reduzierung
2022: - 100 000 Euro
2023: 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 25 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 25 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 55 – Geräte, technische Einrichtungen,
Ausstattungen
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 55 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89101 – Zuschuss an das SILB für den Neubau einer zentralen Versorgungsküche (Teilprojekt 1)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 56 – Zuschuss an das SILB für den Neubau
einer zentralen Versorgungsküche (Teilprojekt 1)
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 56 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 57 – Geräte, technische Einrichtungen,
Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 57 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen

Neuer Titel – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt für Frauen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	–	–
Ansatz 2023	–	+ 200 000 Euro

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt für Frauen angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 26 Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 26 Haupt

Ansatz 2022	3 853 000 Euro	- 150 000 Euro
Ansatz 2023	4 352 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 26 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 26 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 8 - Schießstand Justizvollzug
lfd. Nr. 58 – Diensthunde
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 8 und 58 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Pilotprojekt „Drogenspürhund für die JVA Tegel“

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Ansatz 2022	–	+ 15 000 Euro
Ansatz 2023	–	+ 5 000 Euro

Die Hunde sollen in der JVA fest angesiedelt werden. Dabei handelt es sich um eine effektive Maßnahme im Kampf gegen Besitz und Schmuggel von Betäubungsmitteln im Gefängnis.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
hier: lfd. Nr. 27 Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 06** [0200 AP](#)
hier: lfd. Nr. 27 Haupt

Ansatz 2022	3 476 000 Euro	- 200 000 Euro
Ansatz 2023	4 149 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 27 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 27 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 59 – Betriebs- und Nebenkosten im
Rahmen des Facility Managements
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 59 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BH](#)
Einzelplan 06 Haupt
hier: lfd. Nr. 32

Ansatz 2022	465 000 Euro	- 6 000 Euro
Ansatz 2023	465 000 Euro	- 6 000 Euro

5. Durchführung von Kursen zur Internetnutzung für
Gefangene

Ansatz 2022	6 000 Euro	- 6 000 Euro
Ansatz 2023	6 000 Euro	- 6 000 Euro

TA 5 entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 32 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt
Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt

Jeweils ohne Wortmeldungen.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 9 - Ausbau JVA Heidering
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erinnert an gezielt vorgenommene Abwerbungen des Berliner Personals durch Bundesbehörden. Einige Zeit habe Berlin mit signifikant höheren Abgängen als zu normalen Zeiten zu kämpfen gehabt, auch aus der JVA Heidering. Setze sich diese Problematik fort?

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) berichtet, Abwerbungen würden nicht mehr so geballt vorgenommen, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Einige zuvor abgeworbene Personen seien inzwischen sogar in den Berliner Dienst zurückgekehrt.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 9 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 zur Kenntnis.

Neuer Titel – Pilotprojekt „Drogenspürhund für die JVA Heidering“

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 AZ](#)
Einzelplan 06 [Haupt](#)
hier: lfd. Nr. 12

Ansatz 2022	–	+ 15 000 Euro
Ansatz 2023	–	+ 5 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung vom 04.05.2022** [0200 X](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 28
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 06** [0200 AP](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 28

Ansatz 2022	2 992 000 Euro	- 150 000 Euro
Ansatz 2023	3 441 000 Euro	+/- 0 Euro

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 28 der Stellungnahme rote Nr. 0200 X ohne Aussprache zur Kenntnis. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 28 der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022 [0276](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: lfd. Nr. 61 – Dienstleistungen
(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)
Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 61 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Stellenplan

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenJustVA – I C – vom 03.05.2022

[0276](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: lfd. Nr. 60 – Personalbedarf/Stellenaufwuchs

(Berichtsaufträge aus der 10. Sitzung vom 01.04.2022)

Einzelplan 06

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 60 der Sammelvorlage rote Nr. 0276 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Der **Ausschuss** schließt die zweite Lesung des Einzelplans 06 ab.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.43 Uhr bis 12.16 Uhr]

Einzelplan 08 – Kultur und Europa

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, der Einzelplan 08 sei zur zweiten Lesung am 25. Mai 2022 zurückgestellt worden.

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 18 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- b) **Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum Einzelplan 08** [0200 BB](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 7 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- c) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 08** [0200 BF](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 16 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- d) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 08** [0200 BK](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 16 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

übergreifend mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom 17.05.2022 [0330](#)
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Nr. 1 und 3 – Coronahilfen
Nr. 2 – Verkürzung Zeitabläufe
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nr. 1, 2 und 3 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Politisch-
Administrativer Bereich und Service –**

**Titel 42861 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des
Solidarischen Grundeinkommens (SGE)**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BB](#)
Einzelplan 08 Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	1 000 Euro	-1 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 Euro	-1 000 Euro

Die eingestellten Mittel für das solidarische Grundeinkommen sind ersatzlos zu streichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BK](#)
Einzelplan 08 Haupt
hier: lfd. Nr. 16

Ansatz 2022	–	-7 000 000 Euro
Ansatz 2023	–	-7 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 0809 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Kultur –

Titel 33121 – Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt

Ansatz 2022	1 000 Euro	+365 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 Euro	+365 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom [0330](#)
17.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Nr. 4 – Dienstleistungen**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 4 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom [0330](#)
17.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Nr. 5 – Veranstaltungen**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu dem Bericht schriftlich Fragen nachreichen werde. Da es auch um den Kultursommer gehe, sei eine Beantwortung bis Ende Juni 2022 wünschenswert.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der angeforderte Bericht bis Ende Juni 2022 vorgelegt werde.

Sibylle Meister (FDP) wünscht zu erfahren, ob sich für 2022 bezüglich der Einschränkungen, denen Kulturveranstaltungen im Außenbereich unterlägen – wie durch den Lärmschutz und den Schutz von Grünanlagen –, Lösungen abzeichneten.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) führt aus, der Berliner Kultursommer DRAUSSENSTADT bestehe erstens aus dem BESD-Programm für kleinere Projekte, bei dem die Bezirke selbst über die Veranstaltungen entscheiden könnten, zweitens aus dem Call for Action und drittens aus dem Kultursommer-Festival unter dem Motto „90 Tage, 90 Orte, 90 Veranstaltungen“. Letzteres werde von der Kulturprojekte Berlin GmbH organisiert, die gute Kontakte zu den zuständigen Ämtern habe. Die kleineren Projekte im Rahmen des BESD-Programms seien aus seiner Sicht ebenfalls unproblematisch. Beim Call for Action habe die Jury noch nicht über die Auswahl der Projekte entschieden. Auch hier sei jedoch eine Vorsondierung zur Umsetzbarkeit Teil des Antrags gewesen.

Trotz des gemeinsamen Lernprozesses seien nicht alle grundlegenden Probleme gelöst. Eine Generallösung für alle Projekte sei aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht denkbar. Das Grünflächengesetz sei geändert worden, was bei entsprechender Umsetzung zu einer gewissen Erleichterung führen müsste. In der letzten Woche habe er gemeinsam mit der Regierenden Bürgermeisterin und Bürgermeisterin Jarasch alle Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister und alle für Kultur sowie für Ordnungsangelegenheiten und die Genehmigungspraxis im Straßenraum zuständigen Stadträtinnen und Stadträte angeschrieben. Derzeit habe er noch keine Rückmeldungen über Projekte, die daran scheiterten, dass sich Bezirke querstellten. SenKultEuropa werde die Lage aber im Blick behalten und bei Schwierigkeiten gegebenenfalls unterstützen. Sicher sei es sinnvoll, im Oktober Bilanz zu ziehen, ob sich die Situation in diesem Jahr nennenswert verbessert habe.

Sibylle Meister (FDP) fragt nach, ob die Veranstaltungen kostenneutral sein müssten, um sich auf die Novelle des Grünflächengesetzes berufen zu können.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, ob in den Bezirken teilweise noch Teilnehmerbeschränkungen für Veranstaltungen im Freien aufgrund der Coronamaßnahmen existierten. Er habe dergleichen aus Friedrichshain-Kreuzberg bezüglich des Kreuzbergstraßenfests gehört.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt auf die Frage des Abgeordneten Goiny, dies sei ihm nicht bekannt. Angesichts der Tatsache, dass selbst die sehr vorsichtige Unfallkasse zum 26. Mai 2022 alle Einschränkungen für das Geschehen auf der Bühne und im Innenraum beendet habe, wäre dies auch sehr verwunderlich.

Alles, was im Rahmen des Berliner Kultursommers stattfindet, sei für die Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei. Für die Sondernutzung des Straßenlands würden aber selbstverständlich Gebühren erhoben. Natürlich wäre es erfreulich, wenn das Parlament sich durchringen könnte, nichtkommerzielle Kulturveranstaltungen von den Sondernutzungsgebühren zu befreien.

Christian Goiny (CDU) bittet Senator Lederer, er möge einen Vorschlag machen, wie eine solche Regelung aussehen könnte und ab wann eine Veranstaltung aus seiner Sicht kommerziell sei; dann könne man die Details diskutieren.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) gibt zu bedenken, was kommerziell sei, sei hier möglicherweise nicht so einfach abzugrenzen, aber wenn SenKultEuropa gemeinsam mit der Clubcommission versuche, Open-Air-Veranstaltungen umzusetzen, gelte dieses Kriterium ebenfalls. Wenn die Stadt Berlin mit öffentlichen Mitteln Veranstaltungen finanziere und davon Gebühren bezahlt würden, die die Stadt wieder einnehme, verschiebe man die Gelder nur von der linken in die rechte Tasche. Die Fragestellung habe nicht unmittelbar mit Einzelplan 08 zu tun, außer, dass die entsprechenden Gebühren im Einzelplan kalkuliert seien. Grundsätzlich gehe es um die Frage, wie man die Nutzung des Stadtraums denjenigen ermögliche, die mit zu dem beitragen, was die Stadt ein Stück weit auszeichne.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 5 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis.

Titel 68119 – Förderung von Künstlern/Künstlerinnen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 2

[0200 AN](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 1

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 920 000 Euro	-144 680 Euro
Ansatz 2023	3 604 000 Euro	-144 680 Euro

Teilansatz bei Nr. 7 entfällt.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 2

[0200 BF](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 920 000 Euro	+387 000 Euro
Ansatz 2023	3 604 000 Euro	+387 000 Euro

VE 2022	1 008 000 Euro	+/-0
VE 2023	1 008 000 Euro	+/-0

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 3:
Ansatz 2022: 1 112 000 Euro
Ansatz 2023: 1 716 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 5 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0200 BF](#)
zum **Einzelplan 08** Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	530 000 Euro	-143 000 Euro
Ansatz 2023	474 000 Euro	+/-0

Änderung der Erläuterung:
Teilansatz 10 – Bundeswettbewerb Gesang – wird für 2022 auf 0 gesetzt.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68380 – Zuschüsse für Kulturaustausch

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom [0330](#)
17.05.2022 Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: **Nr. 6 – Zuschüsse für Kulturaustausch**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 6 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68417 – Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 6 Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 08** [0200 BK](#)
hier: lfd. Nr. 2 Haupt

Ansatz 2022	2 840 000 Euro	-1 550 000 Euro
Ansatz 2023	2 840 000 Euro	-1 550 000 Euro

Mittel i. H. v. 350 000 Euro werden ab 2022 durch den Wegfall der Projektförderung „Berlin Mondiale“ eingespart. Weniger i. H. v. 1 200 000 Euro ab 2022 aufgrund entbehrlicher Einzelprojekte.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 4 Haupt

Ansatz 2022	2 840 000 Euro	+150 000 Euro
Ansatz 2023	2 840 000 Euro	+150 000 Euro

VE 2022	820 000 Euro	+/-0
VE 2023	820 000 Euro	+/-0

Neufassung letzter Satz der Erläuterung:

Im Ansatz enthalten sind Mittel i. H. v. 500 000 Euro pro Jahr für die Fortsetzung des Projekts „Berlin Mondiale“ sowie i. H. v. 100 000 Euro für die Fortsetzung des Projekts „Max Artists in Residence“.

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom 17.05.2022 [0330](#)
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Nr. 7 – Projekte der Kulturellen Bildung**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 0200 AN sowie den Bericht Nr. 7 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68545 – Anteil Berlins an der Kulturstiftung der Länder

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 3

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	681 000 Euro	-20 000 Euro
Ansatz 2023	681 000 Euro	-20 000 Euro

Der Ansatz für die Kontaktstelle Kolonialismus entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 7

[0200 AN](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 5

[0200 BF](#)
Haupt

Ansatz 2022	39 269 000 Euro	-100 000 Euro
Ansatz 2023	32 996 000 Euro	-25 000 Euro

VE 2022	5 709 000 Euro	+/-0
VE 2023	9 360 000 Euro	+/-0

Anpassung der Tabelle:

Streichung Teilansatz 13. Die bisherigen Teilansätze 14 bis 20 werden zu den Teilansätzen 13 bis 19.

Teilansatz 16 (zuvor 17) „Archiveinrichtungen“:

Ansatz 2022:	70 000 Euro
Ansatz 2023:	195 000 Euro

c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 1a

[0200 BB](#)
Haupt

Teilansatz 13 2022	100 000 Euro	+/-0 Euro
Teilansatz 13 2023	100 000 Euro	+/-0 Euro

100 000 Euro jährlich sind für das Elberskirchen-Hirschfeld-Haus vorgesehen (verbindliche Erläuterung). Die Mittel sind in das Folgejahr übertragbar (Haushaltsvermerk).

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom
17.05.2022

[0330](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Nr. 8 – Kultursommer und Karneval der
Kulturen**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu diesem Titel schriftlich Fragen nachreichen werde.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 0200 AN sowie den Bericht Nr. 8 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis, nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an und lehnt den Änderungsantrag der FDP ebenfalls ohne Aussprache ab.

Titel 68609 – Diversitätsfonds

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 4

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	400 000 Euro	-400 000 Euro
Ansatz 2023	500 000 Euro	-500 000 Euro

Der Titel entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68610 – Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 3 Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 08** [0200 BK](#)
hier: lfd. Nr. 5 Haupt

Ansatz 2022	12 780 000 Euro	-104 000 Euro
Ansatz 2023	13 126 000 Euro	-132 000 Euro

Teilansatz bei Nr. 5 entfällt.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 6 Haupt

Ansatz 2022	12 780 000 Euro	+200 000 Euro
Ansatz 2023	13 126 000 Euro	+200 000 Euro

VE 2022	5 980 000 Euro	+/-0
VE 2023	21 780 000 Euro	+/-0

Tabelle anpassen:

Teilansatz 2:

Ansatz 2022:	926 030 Euro
Ansatz 2023:	945 000 Euro

Teilansatz 4:

Ansatz 2022:	1 380 300 Euro
Ansatz 2023:	1 680 300 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68615 – Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

hierzu:

- Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 4 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68616 – Zuschüsse für Projekte aus Mitteln des Hauptstadtkulturfonds

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 08** [0200 BK](#)
hier: lfd. Nr. 6 Haupt

Ansatz 2022	14 950 000 Euro	-10 000 000 Euro
Ansatz 2023	14 950 000 Euro	-10 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68621 – Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 7 Haupt

Ansatz 2022	16 398 000 Euro	-309 000 Euro
Ansatz 2023	9 184 000 Euro	-464 000 Euro
VE 2022	1 795 000 Euro	+/-0
VE 2023	2 296 000 Euro	+/-0

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 3:

Ansatz 2022: 1 283 210 Euro

Ansatz 2023: 1 285 410 Euro

Teilansatz 8:

Ansatz 2022: 0 Euro

Ansatz 2023: 0 Euro

Teilansatz 9 (neu):

Ansatz 2022: 150 000 Euro

Ansatz 2023: 150 000 Euro

Erläuterungen werden entsprechend angepasst.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an.

Titel 68639 – Zuschuss an die Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 7

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	4 241 000 Euro	-150 000 Euro
Ansatz 2023	4 928 000 Euro	-650 000 Euro

Die Mittel für Fairstage werden um 150 000 Euro auf 100 000 Euro reduziert. Ab 2023 entfallen 500 000 Euro für die „Diversitätsoffensive“.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenKultEuropa – II B Br – vom 16.05.2022 [0225 A](#)
**Planung, Finanzierung, Anmietung und Herrichtung
von Räumen als Ateliers, Präsentations- und
Produktionsräume**
gemäß Auflage B. 51 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Haupt

- b) Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom [0330](#)
17.05.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: **Nr. 9 – Ausbau von Arbeitsräumen für
Künstlerinnen und Künstler**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass der Bericht rote Nr. 0225 A heute nicht zur Kenntnis genommen, sondern auf den Herbst vertagt werden möge. Bis dahin werde man ein Ergebnis präsentieren.

Christian Goiny (CDU) erklärt, auch zu diesem Punkt werde seine Fraktion noch schriftlich Fragen nachreichen. Diese könnten dann auch zum Herbst mit beantwortet werden.

Sibylle Meister (FDP) bemerkt, in Bericht Nr. 9 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – würden auch zurückgestellte Investitionsmaßnahmen genannt. Das Problem dabei sei, dass die Investitionen dann teurer würden. Beim Friedhof der Märzgefallenen sei der Ankauf der Liegenschaft mittlerweile erfolgt. Wie gehe es dort nun weiter?

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) bestätigt, dass der Ankauf durch die BIM eigentlich schneller hätte vorgenommen werden sollen. Es habe eine Vereinbarung mit dem Bund ausgehandelt werden müssen, da auch Bundesmittel in das Investitionsvorhaben fließen. Dabei sei man auf einem guten Weg. Der Bund lege teilweise andere Zuwendungskriterien zugrunde, was die Sache mitunter sehr aufwendig mache. Sobald die Vereinbarung abgeschlossen sei, würden die nächsten Planungsprozesse – nun mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – angegangen. Im Bericht sei ein vorsichtiger Planungshorizont skizziert, der voraussichtlich belastbar sei. Grundsätzlich versuche sein Haus, bei allen Projekten möglichst schnell zu sein, weil jeder verlorene Tag viel Geld koste.

Der **Ausschuss** beschließt, den Bericht rote Nr. 0225 A zur Sitzung am 12. Oktober 2022 zu vertagen, und nimmt den Bericht Nr. 9 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis.

Titel 68219 – Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 2

[0200 BB](#)
Haupt

Ansatz 2022	8 696 000 Euro	+40 000 Euro
Ansatz 2023	8 760 000 Euro	+100 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 68239 – Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 9

[0200 AN](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

Ansatz 2022	158 830 000 Euro	-642 000 Euro
Ansatz 2023	161 271 000 Euro	-730 000 Euro
VE 2022	645 084 000 Euro	+/-0
VE 2023	645 084 000 Euro	+/-0

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom 17.05.2022 [0330](#)
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Nr. 10 – Komische Oper**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Christian Goiny (CDU) kündigt an, zu Bericht Nr. 10 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – werde seine Fraktion schriftlich Fragen nachreichen.

Sibylle Meister (FDP) stellt fest, offenbar stehe die Komödie am Kurfürstendamm, die derzeit im Schillertheater untergebracht sei, der Komischen Oper im Wege. Gebe es bei der Komischen Oper weitere Verzögerungen? Dies sei wegen der Brandschutzvorschriften eigentlich nicht möglich. Was solle stattdessen mit der Komödie am Kurfürstendamm geschehen? Habe der Investor des Standorts am Kurfürstendamm hierfür eine Lösung angeboten? Schließlich sei dieser mit seinen Baumaßnahmen ebenfalls in Verzug.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa) berichtet, der Auszug der Komischen Oper aus ihrem Gebäude und der Einzug ins Schillertheater erfolgten im Zeitplan. Die Kurfürstendamm-Bühnen würden aus dem Schillertheater ausziehen. Es sei richtig, dass der private Investor des Kudamm-Karrees coronabedingt ein bis zwei Jahre hinter den Planungen zurückliege. Die Kurfürstendamm-Bühnen suchten mithilfe von SenKultEuropa Ausweichspielstätten; dazu würden Verhandlungen mit einem Theaterbetreiber geführt. Sollte sich keine Lösung finden, müsste der Investor im Rahmen von Schadenersatzansprüchen eine Ausweichspielstätte zur Verfügung stellen.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 9 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache sowie den Bericht Nr. 10 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an.

Titel 68246 – Zuschuss an das Maxim Gorki Theater

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 8

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	16 227 000 Euro	-6 227 000 Euro
Ansatz 2023	16 294 000 Euro	-6 294 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68329 – Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 10

[0200 AN](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 9

[0200 BF](#)
Haupt

Ansatz 2022	1 903 000 Euro	+250 000 Euro
Ansatz 2023	1 946 000 Euro	+250 000 Euro
VE 2022	126 000 Euro	+/-0
VE 2023	126 000 Euro	+/-0

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 2:

Ansatz 2022: 1 776 530 Euro

Ansatz 2023: 1 820 000 Euro

Die Erläuterung wird entsprechend angepasst.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 10 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68342 – Zuschüsse zur Förderung von Unterhaltungstheatern

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 11

[0200 AN](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 10 Haupt

Ansatz 2022	4 536 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	4 564 000 Euro	+100 000 Euro

Änderung der Tabelle:

Teilansatz 4

2022: 100 000 Euro

2023: 100 000 Euro.

Der letzte Absatz der Erläuterung wird gestrichen.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom
17.05.2022

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Nr. 11– **Komödie am Kudamm**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 08 und 27

[0330](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion trotz der Erläuterungen von Staatssekretär Wöhlert zu Titel 68239 schriftlich Fragen zu Bericht Nr. 11 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – nachreichen werde.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 11 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache sowie den Bericht Nr. 11 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an.

Titel 68611 – Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 12 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
hier: lfd. Nr. 11 Haupt

Ansatz 2022	1 173 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	1 423 000 Euro	+100 000 Euro

Ergänzung der Erläuterung:

Abbau der „weißen Flecken“ bei den Kinder- und Jugendtheatern ab 2022 i. H. v. 100 000 Euro.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 12 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68502 – Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum

hierzu:

**Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 13

[0200 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 13 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68522 – Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 9

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	33 505 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	36 702 000 Euro	+/-0

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68573 – Sonstige Zuschüsse an Museen

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und
Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 14

[0200 AN](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 12

[0200 BF](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 420 000 Euro	+210 000 Euro
Ansatz 2023	6 957 000 Euro	+210 000 Euro

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 5:

Ansatz 2022: 730 240 Euro

Ansatz 2023: 730 740 Euro

Teilansatz 15:

Ansatz 2022: 40 000 Euro

Ansatz 2023: 40 000 Euro

Die Erläuterung wird entsprechend ergänzt.

Christian Goiny (CDU) erklärt, seine Fraktion begrüße den vorgeschlagenen Zuschuss für das Computerspielmuseum. Er bitte zu September um einen Bericht zu Ideen für Kooperationen, um unter Einbeziehung des Computerspielmuseums die Sichtbarkeit des Games- und Computerspielebereichs zu erhöhen. Die Senatskanzlei fördere über das Medienboard Berlin-Brandenburg entsprechende Projekte. Das Computerspielmuseum decke dasselbe Thema ab. Es sei bei den Planungen zunächst übersehen worden, solle nun aber eingebunden werden.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) bemerkt, der Schwerpunkt in diesem Themenbereich liege bei der Senatskanzlei. SenKultEuropa werde das Museum erstmalig unterstützen, wenn der Haushalt so beschlossen werde, und könne daher nicht viel dazu berichten.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass die Fragen der Abgeordneten grundsätzlich an den Senat gestellt würden.

Christian Goiny (CDU) schlägt vor, dass der Berichtsauftrag anlässlich des vorliegenden Änderungsantrags ausgelöst werden solle. Anschließend könne der Senat entscheiden, welche Verwaltung einen Bericht vorlegen solle.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie stimme dem Vorschlag des Abgeordneten Goiny zu. Möglicherweise sei es aber sinnvoll, den Bericht erst im November vorlegen zu lassen, wenn das Museum schon eine Weile mit den Fördergeldern gearbeitet habe.

Christian Goiny (CDU) hält dagegen, die Bitte um einen Bericht habe sich vor allem auf das Konzept des Senats bezogen, das doch bereits früher vorliegen müsse. Zumindest ein Zwischenbericht zu dem laufenden Prozess sollte wohl Ende September möglich sein.

Steffen Zillich (LINKE) gibt zu bedenken, die Überlegungen des Computerspielmuseums gingen weit über die museale Frage hinaus. Insofern wäre es sinnvoll, das Museum an dem Bericht zu beteiligen, um ihm die Chance zu geben, seine weiterführenden Überlegungen, zum Beispiel zur Nutzung von Computerspielen im Bildungsbereich, darzustellen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, ein entsprechender Bericht werde zu Ende Oktober 2022 vorgelegt.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 14 aus der roten Nr. 0200 AN zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an.

Titel 68588 – Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 11

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	26 305 000 Euro	+2 255 147 Euro
Ansatz 2023	27 512 000 Euro	+3 210 000 Euro

Weniger i. H. v. 100 000 Euro ab 2022 durch die Einsparung des Konzepts zur musealen Würdigung und Darstellung von Einwanderungsgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts in Berlin.

Weniger i. H. v. 450 000 Euro ab 2022 durch die Einsparung des Pilotprojekts „De-koloniale Erinnerungskultur in der Stadt“.

Weniger i. H. v. 100 000 Euro ab 2022 durch die Einsparung des Partizipationsprozess zur Erarbeitung eines gesamtstädtischen erinnerungskulturellen Konzepts zum Thema Kolonialismus.

Weniger i. H. v. 140 000 Euro ab 2022 durch die Einsparung der Kompetenzstelle für postkoloniale Museumspraxis.

Mehr i. H. v. 4 000 000 Euro – 2022 – und 3 045 147 – 2023 – für die Errichtung eines Mehrfunktionsgebäudes im Museumsdorf Düppel.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68575 – Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester

hierzu:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022**
hier: lfd. Nr. 15

[0200 AN](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 13

[0200 BF](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 047 000 Euro	+50 000 Euro
Ansatz 2023	2 047 000 Euro	+100 000 Euro

VE 2022	400 000 Euro	+/-0
VE 2023	400 000 Euro	+/-0

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 2:

Ansatz 2022: 805 580 Euro

Ansatz 2023: 805 580 Euro

Teilansatz 6:

Ansatz 2022: 50 000 Euro

Ansatz 2023: 100 000 Euro

Erläuterungen werden entsprechend ergänzt.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 15 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68618 – Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 16
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0200 BF](#)
Haupt
zum **Einzelplan 08**
hier: lfd. Nr. 14

Ansatz 2022	3 499 000 Euro	-288 000 Euro
Ansatz 2023	3 499 000 Euro	-288 000 Euro
VE 2022	1 440 000 Euro	+/-0
VE 2023	400 000 Euro	+/-0

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenKultEuropa – I A He – vom 20.04.2022 [0247](#)
Musicboard Berlin GmbH
Haupt
gemäß Auflage B. 50 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

- b) Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom [0330](#)
17.05.2022 Haupt
- Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: **Nr. 12 – Musicboard Berlin GmbH**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Christian Goiny (CDU) kündigt an, auch zu diesem Punkt werde seine Fraktion schriftlich Fragen nachreichen. – Die Koalitionsfraktionen hätten in ihrem Antrag eine Kürzung des Zuschusses an die Musicboard GmbH in einer Größenordnung von jeweils 288 000 Euro beantragt. Was werde in diesem Titel als überflüssig angesehen und solle gekürzt werden? Eine Kürzung in dieser Höhe erschließe sich ihm nicht, auch wenn er einige der derzeitigen Aktivitäten des Musicboards kritisch sehe.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erläutert, die fachpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen hätten diese Entscheidung aufgrund der angesprochenen Kritikpunkte getroffen. Mit der Kürzung sollten kleinere Beträge, beispielsweise für kleinere Theater wie Kinder- und Puppentheater, gegenfinanziert werden.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) bemerkt, das Musicboard sei eine „grandiose“ Institution, zu der ihm kaum Kritikpunkte einfielen. Die 288 000 Euro seien im vergangenen Haushalt als Vorsorge für den Fall des Wegbrechens der EFRE-Förderung für das Festival Pop-Kultur eingestellt worden. Da es aber gelungen sei, diese Mittel über das operative Programm trotzdem bereitzustellen, habe die Summe gesperrt zur Verfügung gestanden und sei zur Kofinanzierung des Preises der Clubkultur eingesetzt worden. Der Preis der Clubkultur sei nun aber noch einmal an anderer Stelle separat im Haushalt verankert, so dass die Mittel für andere Zwecke genutzt werden könnten.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 16 aus der roten Nr. 0200 AN, den Bericht rote Nr. 0247 sowie den Bericht Nr. 12 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen an.

Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
hier: lfd. Nr. 17 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0200 BF](#)
zum **Einzelplan 08** Haupt
hier: lfd. Nr. 15

Ansatz 2022	8 348 000 Euro	+330 000 Euro
Ansatz 2023	9 783 000 Euro	+330 000 Euro

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 10:

Ansatz 2022: 500 000 Euro

Ansatz 2023: 500 000 Euro

Teilansatz 13 (neu):

Ansatz 2022: 80 000 Euro

Ansatz 2023: 80 000 Euro

Erläuterungen werden entsprechend angepasst.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 17 aus der roten Nr. 0200 AN ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68578 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Europa vom 09.05.2022** [0200 AN](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 18

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 08** [0200 BB](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Teilansatz 4 2022	845 010 Euro	+100 000 Euro
Teilansatz 4 2023	847 210 Euro	+100 000 Euro

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 08** [0200 BF](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 16

Ansatz 2022	4 931 000 Euro	+70 000 Euro
Ansatz 2023	5 046 000 Euro	+70 000 Euro

Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 6:

Ansatz 2022: 270 000 Euro

Ansatz 2023: 270 000 Euro

Umbenennung Teilansatz 7 in: „Open Mike und Zebra Poetry Filmfestival“

Erläuterungen werden entsprechend angepasst.

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die lfd. Nr. 18 aus der roten Nr. 0200 AN zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an.

Neuer Titel – Jagd- und Forstmuseum Friedrichshagen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 10

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	10 000 000 Euro	+10 000 000 Euro
Ansatz 2023	5 000 000 Euro	+5 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 0812 – Brücke-Museum

Kapitel 0813 – Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0814 – Landesarchiv

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 12

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 965 000 Euro	+/-0
Ansatz 2023	2 994 000 Euro	+97 000 Euro

Eine zusätzliche Stelle wissenschaftlicher Dienst – TVöD EG 14 – und eine zusätzliche Stelle gehobener Dienst – TVöD EG 9 – für die neu einzurichtende Archivberatungsstelle ab 2023.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 0820 – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel 68439 – Zuschuss an die Evangelische Kirche

Titel 68440 – Zuschuss an die Katholische Kirche

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 17 – Titel 68440

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	3 951 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	3 951 000 Euro	+150 000 Euro

Die Titelerläuterung „...weniger i. H. v. 10 000 Euro ab 2022 wegen geringerer Staatsleistungen“ ist nicht korrekt und entfällt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom
17.05.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: **Nr. 13 – Staatsleistungen an die Kirchen**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

[0330](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 13 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68444 – Zuschüsse für kulturelle Betreuung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 13

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	2 139 000 Euro	-369 500 Euro
Ansatz 2023	3 394 000 Euro	-689 000 Euro

Teilansätze „Muslime in Berlin, insbesondere Muslimische Kulturtage“, „Muslimische Bildung / Akademiearbeit“, „Deutsche Islam Akademie e. V.“, „Erstellung eines Landeskonzepts für das Muslimische Leben in Berlin“ und „Einrichten einer Koordinierungsstelle für das Islamforum“ entfallen.

Weniger i. H. v. 190 000 Euro – 2022 – und 234 000 Euro – 2023 – durch Einsparung im Bereich „Muslime in Berlin, insbesondere Muslimische Kulturtage“.

Weniger i. H. v. 129 500 Euro – 2022 – und 260 000 Euro – 2023 – durch Einsparung im Bereich „Muslimische Bildung / Akademiearbeit“.

Weniger i. H. v. 50 000 Euro ab 2022 durch Einsparung von Zuschüssen an die Deutsche Islam Akademie e. V.

Weniger i. H. v. 75 000 Euro – 2023 – durch Einsparung im Bereich „Erstellung eines Landeskonzepts für das Muslimische Leben in Berlin“.

Weniger i. H. v. 70 000 Euro – 2023 – durch Einsparung im Bereich „Einrichten einer Koordinierungsstelle für das Islamforum“.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenKultEuropa – II V St – vom
17.05.2022

[0330](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Nr. 14 – Landeskonzept für Muslimisches Leben**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 08 und 27

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 14 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0330 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0830 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Europa –

Titel 53131 – Europapolitische Kommunikationsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum

Einzelplan 08

hier: lfd. Nr. 14

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022 120 000 Euro -120 000 Euro

Ansatz 2023 120 000 Euro -120 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 0840 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum

Einzelplan 08

hier: lfd. Nr. 5 – TA 2

[0200 BB](#)
Haupt

Teilansatz 2 2022	230 000 Euro	-230 000 Euro
Teilansatz 2 2023	230 000 Euro	-230 000 Euro

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 6 – TA 7

[0200 BB](#)
Haupt

Teilansatz 7 2022	370 000 Euro	+205 000 Euro
Teilansatz 7 2023	370 000 Euro	+145 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der FDP ohne Aussprache ab.

Kapitel 0841 – Landesdenkmalamt

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 15

[0200 BK](#)
Haupt

Ansatz 2022	3 257 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	3 371 000 Euro	+100 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 08
hier: lfd. Nr. 7

[0200 BB](#)
Haupt

Teilansatz 1–4 2022	115 000 Euro	-115 000 Euro
Teilansatz 1–4 2023	115 000 Euro	-115 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, damit sei die zweite Lesung des Einzelplans 08 beendet. Die Restelesung finde am 8. Juni 2022 statt. Das Kapitel 2708 werde in zweiter Lesung ebenfalls am 8. Juni 2022 beraten.

[Lüftungspause von 13.04 bis 13.13 Uhr]

Einzelplan 11 – Integration, Arbeit und Soziales

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 11 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- b) **Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum Einzelplan 11** [0200 BE](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 8 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- c) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** [0200 BG](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 11 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- d) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 11** [0200 BL](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 17 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

übergreifend mitberaten wird:

- a) Bericht SenFin – II D 3 – vom 05.05.2022 [0280](#)
Pauschalierte Übersicht der flüchtlingsbedingten / zuwanderungsbedingten Kosten einzelplanübergreifend aufliefern / Etatisierung der Verstärkungsmittel
(Berichtsaufträge aus der 5. Sitzung vom 16.03.2022 und aus der 7. Sitzung vom 23.03.2022)
Haupt
- b) Bericht SenIAS – I D 4 – vom 16.05.2022 [0331](#)
Unterbringung von aus der Ukraine Geflüchteten
(Berichtsauftrag aus der 13. Sitzung vom 27.04.2022)
Haupt

- c) Vertraulicher Bericht SenIAS – III A 1.9 – vom 12.05.2022
Situation und Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine
(Berichtsauftrag aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022) [0195 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- d) Vertraulicher Bericht SenIAS – III A 1.9 – vom 02.05.2022
Voraussichtliche monatliche Kosten für das Ankunftszentrum am Flughafen Tegel
(Berichtsauftrag aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022) [0195 B](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- e) Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Verkürzung Zeitabläufe (S. 2–4)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022) [0332](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) kündigt an, zu den Seiten 2–4 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – werde seine Fraktion schriftlich Fragen nachreichen, die bis Anfang September 2022 beantwortet werden könnten.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bemerkt, die Berechnungen in dem Bericht rote Nr. 0280 bezögen sich auf den Stichtag 12. April 2022. Hätten sich seitdem durch die weitere Entwicklung noch wesentliche Änderungen ergeben? – Seien noch weitere Ausgaben für das Land Berlin zu erwarten für Sprachkurse, die jetzt von Geflüchteten aus der Ukraine verstärkt in Anspruch genommen würden? – Beim LAGeSo seien von den 40 zusätzlichen Stellen drei für die Anerkennung von Berufsabschlüssen vorgesehen. Sei dies angesichts der langen Wartezeiten ausreichend? Ihre Fraktion habe den Antrag gestellt, diese auf sechs zu erhöhen.

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) erläutert, der Senat habe vereinbart, dass die zusätzlichen Kosten durch die Fluchtbewegung infolge des Krieges gegen die Ukraine nicht in Einzelplan 11 aufgeführt werden sollten, sondern in einem separaten Einzelplan. Der vorliegende Einzelplan könne den Mehrbedarf gar nicht berücksichtigen. Natürlich stiegen die Bedarfe an. Inzwischen hätten die bezirklichen Sozialämter für 47 000 Personen Sozialleistungen gewährt und es seien für 63 000 Personen Aufenthaltstitel beim LEA beantragt worden. Zudem gebe es immer noch eine große Dunkelziffer nicht registrierter Menschen. SenIAS werbe intensiv für die Vorteile einer Registrierung; insofern rechne man damit, dass die Zahl der in Berlin Registrierten noch steigen werde. Ein großer Vorteil des Rechtskreiswechsels zum SGB II sei der damit verbundene Zugang zu den vom Bund finanzierten Sprach- und Integrationskursen. Ob noch mehr Bedarf bestehe und aufgestockt werden müsse, obliege der Entscheidung des Gesetzgebers.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) informiert, SenFin habe das sogenannte Unterkonto 777 eingerichtet, um die Kosten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine in allen Behörden transparent abbilden zu können. Die vorliegenden Zahlen seien mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, weil sie sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Einzelpläne verteilten. Sie habe in der Staatssekretärskonferenz noch einmal darum geworben, dass

auch Senatsverwaltungen, die in diesem Kontext nur geringe Mehrausgaben zu verzeichnen hätten, dieses Unterkonto bedienen mögen. Mit Stichtag 30. April 2022 habe es in diesem Bereich knapp 41 Mio. Euro Mehrkosten gegeben, eine Hälfte davon in Einzelplan 11, die andere Hälfte in den Bezirken. In Einzelplan 10 seien verschwindend geringe Mehrkosten angezeigt worden. Sie gehe aber davon aus, dass insbesondere im Bildungsbereich noch Mehrkosten dazukommen würden, da diese sich nicht linear entwickelten und erst ab einer gewissen Menge neuer Schülerinnen und Schüler anstiegen, etwa durch das Anmieten zusätzlicher Räume. Zudem gebe es von SenKultEuropa und aus der Senatskanzlei Signale, dass zum Beispiel im Bereich des Engagements Ehrenamtlicher Ausgaben geplant oder bereits getätigt worden seien, die noch nicht in das Monitoring von SenFin eingegangen seien. Auch die für Einzelplan 11 bisher festgestellten 21 Mio. Euro bildeten noch nicht die vollständigen Kosten bis zum 30. April 2022 ab, da Rechnungen mit zeitlichem Verzug einträfen. Nach der Sommerpause würden voraussichtlich validere Zahlen vorliegen, um abzuschätzen, ob die im Rahmen des Haushaltsplans getroffene Vorsorge ausreichend sei.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, in dem Bericht rote Nr. 0280 sei eine Form der Veranschlagung skizziert, die sich die Koalition zu eigen machen werde. Über eine zentrale Veranschlagung in dem avisierten Kapitel 2931 könnten Kosten in allen Einzelplänen und Bezirken angesteuert werden. So könnten beispielsweise bezogen auf die erwartete Zahl von Betroffenen Sprachkurse in ausreichendem Umfang finanziert werden, ohne dass im Vorhinein spekulativ eine Summe dafür genannt werden müsse.

Tobias Bauschke (FDP) fragt nach, ob die bisher geplanten drei zusätzlichen Stellen beim LAGeSo für die Anerkennung der Berufsabschlüsse ausreichend seien. Sei dadurch mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen, oder sollten die Stellen aus Sicht der Verwaltung noch einmal aufgestockt werden?

Senatorin Katja Kipping (SenIAS) weist darauf hin, dass gerade für den wichtigen Bereich der Anerkennung von medizinischen Abschlüssen die Fachaufsicht jetzt bei SenWGPG liege. – Für einzelne Posten wie die „Welcome Hall“ am Hauptbahnhof könnten die laufenden Kosten erhoben werden. Es gebe aber auch Kostenpunkte, von denen SenIAS zwar wisse, dass sie anfallen würden, aber noch nicht, in welcher Höhe. Beispielsweise habe man mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenhausgesellschaften und den Apotheken Verträge geschlossen, um für Geflüchtete ohne Krankenversicherungsschutz zunächst die medizinische Versorgung sicherzustellen. Da die Abrechnung durch die Abrechnungsstelle nur vierteljährlich erfolge, stünden die genauen Kosten noch nicht fest. Den entscheidenden Faktor, wie viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine noch ankommen würden, kenne man zwar nicht, aber es sei bekannt, wo es fachliche Mehrbedarfe gebe. Dies werde von allen Fachverwaltungen gemeinsam in dem „Aktionsplan Ukraine“ erarbeitet, der konzeptionell rückgebunden sei an das Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 2–4 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 –, den Bericht rote Nr. 0280, den Bericht rote Nr. 0331 sowie die vertraulichen Berichte rote Nrn. 0195 A und 0195 B zur Kenntnis.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Politisch- Administrativer Bereich und Service –

Titel 54053 – Veranstaltungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: 100. ASMK (S. 10–12)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 10–12 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Titel 51135 – geplante Maßnahmen (S. 13–14)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 13–14 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales – Beauftragte/Beauftragter für Integration und Migration –

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum Einzelplan 11** [0200 BG](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt

Ansatz 2022	1 097 000 Euro	+/-0
Ansatz 2023	1 853 000 Euro	-150 000 Euro

VE 2022	1 440 000 Euro	+/-0
VE 2023	400 000 Euro	+/-0

Wegfall der lfd. Nr. 1 – Machbarkeitsstudie. Die lfd. Nr. 12 wird zur Nr. 11.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Partizipationsgesetz (S. 15–17)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 1 aus der roten Nr. 0200 AL und die Seiten 15–17 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68118 – Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Titel 68118 – Ansatzreduzierung (S. 18–19)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 18–19 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 2 Haupt
- b) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 11** [0200 BL](#)
hier: lfd. Nr. 1 Haupt

Ansatz 2022	12 817 000 Euro	-2 563 400 Euro
Ansatz 2023	13 169 000 Euro	-2 633 800 Euro
VE 2022	11 000 000 Euro	-2 563 400 Euro
VE 2023	7 180 000 Euro	-2 633 800 Euro

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 11** [0200 BG](#)
hier: lfd. Nr. 2 Haupt

Ansatz 2022	12 817 000 Euro	+35.000 Euro
Ansatz 2023	13 169 000 Euro	+70 000 Euro

VE 2022	11 000 000 Euro	+/-0
VE 2023	7 180 000 Euro	+/-0

Teilansatz 7 – Geschäftsstelle Roma- und Sinti-Beirat

Ansatz 2022:	35 000 Euro
Ansatz 2023:	70 000 Euro

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Titel 68406 – Nr. 5 (S. 20–23)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 2 aus der roten Nr. 0200 AL und die Seiten 20–23 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	3 634 000 Euro	-765 000 Euro
Ansatz 2023	3 631 000 Euro	-765 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Arbeit und Berufliche Bildung –

Titel 42861 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 1

[0200 BE](#)
Haupt

Ansatz 2022	1 000 Euro	-1 000 Euro
Ansatz 2023	1 000 Euro	-1 000 Euro

Die eingestellten Mittel für das solidarische Grundeinkommen sind ersatzlos zu streichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen

hierzu liegt vor:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales vom 12.05.2022**
hier: lfd. Nr. 3

[0200 AL](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 3

[0200 BG](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 000 Euro	-5 000 Euro
Ansatz 2023	5 000 Euro	-5 000 Euro

Änderung der Erläuterung: „Der Titel fällt weg.“

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 3 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 3

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	8 800 000 Euro	-966 000 Euro
Ansatz 2023	8 800 000 Euro	-964 000 Euro

Teilansatz bei Nr. 14 entfällt.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BE](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	8 800 000 Euro	-916 000 Euro
Ansatz 2023	8 800 000 Euro	-914 000 Euro

Der Teilansatz 14, „Umsetzungsdienstleistungen für das Solidarische Grundeinkommen (SGE)“, ist ersatzlos zu streichen.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD und der FDP ohne Aussprache ab.

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 4 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BE](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz 2022	22 755 000 Euro	+600 000 Euro
Ansatz 2023	24 655 000 Euro	+600 000 Euro

Als zusätzliche Fördermaßnahme ist neu Teilansatz 6, „Prämie für Meisterprüfungen“ einzufügen und mit einem jährlichen Ansatz von 600 000 Euro zu versehen.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BG](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	22 755 000 Euro	-100 000 Euro
Ansatz 2023	24 655 000 Euro	-100 000 Euro

VE 2022	13 400 000 Euro	+/-0
VE 2023	21 900 000 Euro	+/-0

Änderung der Tabelle:
Teilansatz 4 – Begleitprojekte Berufsausbildung
Ansatz 2022: 500 000 Euro
Ansatz 2023: 500 000 Euro

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Titel 68333 – Nr. 1 (S. 24–33)
Titel 68333 – Nr. 2 (S. 34–37)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 4 aus der roten Nr. 0200 AL und die Seiten 24–33 sowie 34–37 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68355 – Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	14 265 000 Euro	+300 000 Euro
Ansatz 2023	15 575 000 Euro	+300 000 Euro

Die Maßnahme „Qualifizierung für Beschäftigung“ wird gestärkt (+200 000 Euro).
Die Maßnahme „Vorgründungscoaching“ wird gestärkt (+100 000 Euro).

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 5 Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	38 408 000 Euro	-500 000 Euro
Ansatz 2023	32 840 000 Euro	-500 000 Euro

Minderung bei Teilansatz Nr. 1, „Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16f SGB II und sonstige Projektförderungen“ (-500 000 Euro).

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BG](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 5
Haupt

Ansatz 2022	38 408 000 Euro	-100 000 Euro
Ansatz 2023	32 840 000 Euro	-60 000 Euro

VE 2022	14 216 000 Euro	+/-0
VE 2023	9 886 000 Euro	+/-0

Teilansatz 1		
Ansatz 2023:	4 088 000 Euro	
Teilansatz 5		
Ansatz 2022:	300 000 Euro	
Ansatz 2023:	300 000 Euro	

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 5 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68453 – Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BE](#)
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 4
Haupt

Ansatz 2022	29 800 000 Euro	-29 800 000 Euro
Ansatz 2023	34 504 000 Euro	-34 504 000 Euro

Die eingestellten Mittel für das solidarische Grundeinkommen sind ersatzlos zu streichen.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 6
Haupt

Ansatz 2022	29 800 000 Euro	-15 800 000 Euro
Ansatz 2023	34 504 000 Euro	-28 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der FDP und der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 6 Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 11** [0200 BL](#)
hier: lfd. Nr. 7 Haupt

Ansatz 2022	11 600 000 Euro	+200 000 Euro
Ansatz 2023	11 200 000 Euro	+650 000 Euro

Mehr bei Teilansatz Nr. 3, Berliner Programm „Vertiefte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler (BVBO)“

2022: +500 000 Euro

2023: +500 000 Euro

Mehr bei Teilansatz Nr. 4, Netzwerk regionale Verbünde

2023: +700 000 Euro

Mehr bei Teilansatz Nr. 5a, Modell- und Pilotprojekte, für das Projekt: Vorbereitungskurs im Pflegebereich (IBBC)

2022: +100 000 Euro

2023: +150 000 Euro

Mehr bei Teilansatz Nr. 7, Programm „#sei Dual“

2022: +100 000 Euro

2023: +100 000 Euro

Minderung bei Teilansatz Nr. 6, ARRIVO

2022: -500 000 Euro

2023: -800 000 Euro

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 11** [0200 BE](#)
hier: lfd. Nr. 5 Haupt

Ansatz 2022	11 600 000 Euro	+150 000 Euro
Ansatz 2023	11 200 000 Euro	+150 000 Euro

Als Evaluationsmaßnahme ist neu Teilansatz 8 einzufügen:

„Evaluation von Berufsorientierungsprogrammen“ und mit einem jährlichen Ansatz von 150 000 Euro zu versehen.

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BG](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 6

Ansatz 2022	11 600 000 Euro	-75 000 Euro
Ansatz 2023	11 200 000 Euro	-75 000 Euro
VE 2022	9 000 000 Euro	+/-0
VE 2023	6 700 000 Euro	+/-0

Teilansatz 5a, Modell- und Pilotprojekte

Ansatz 2022: 1 100 000 Euro
Ansatz 2023: 2 000 000 Euro

Teilansatz 7, #sei Dual

Ansatz 2022: 675 000 Euro
Ansatz 2023: 675 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 6 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt die Änderungsanträge der AfD und der FDP ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Soziales –

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 7 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BG](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	45 000 Euro	+5 000 Euro
Ansatz 2023	30 000 Euro	+5 000 Euro

Teilansatz 7, Informationsmaterialien

Ansatz 2022: 10 000 Euro

Ansatz 2023: 5 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 7 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 11** [0200 BG](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

Ansatz 2022	4 380 000 Euro	+300 000 Euro
Ansatz 2023	5 150 000 Euro	+465 000 Euro
VE 2022	6 715 000 Euro	+/-0
VE 2023	3 410 000 Euro	+/-0

Teilansatz 13, Aufnahmeprogramm

Ansatz 2022: 1 500 000 Euro

Ansatz 2023: 1 500 000 Euro

Teilansatz 17, Teilhabebericht

Ansatz 2022: 35 000 Euro

Ansatz 2023: 200 000 Euro

Teilansatz 19, Erprobung und Ausbau Modellprogramm sozialraumorientiertes Trägerbudget

Ansatz 2022: 0 Euro

Ansatz 2023: 50 000 Euro

Teilansatz 20, Landesfachstelle

Ansatz 2022: 100 000 Euro

Ansatz 2023: 800 000 Euro

Teilansatz 25 (neu), Angebote der Altenhilfe

Ansatz 2022: 15 000 Euro

Ansatz 2023: 15 000 Euro

- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 11** [0200 BL](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

Ansatz 2022	4 380 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	5 150 000 Euro	+100 000 Euro

Neuer Teilansatz Nr. 25 zur „Entwicklung eines Konzepts zur Bekämpfung der Folgen der Coronavirus-Pandemie für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien“.

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Umsetzung seniorenpolitische Leitlinien (S. 8–9)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)
- b) Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Berlin Pass (S. 38–41)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 8 aus der roten Nr. 0200 AL und die Seiten 8–9 sowie 38–41 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis, nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache an und lehnt den Änderungsantrag der AfD ebenfalls ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu liegt vor:

- a) Austauschseite zur roten Nummer 0200 AL zur [0200 AL-1](#)
Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Haupt
Arbeit und Soziales
hier: Austauschseite 8 zur lfd. Nr. 9 der Anlage
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11 Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Ansatz 2022	6 394 000 Euro	+/-0
Ansatz 2023	9 561 000 Euro	+/-0

Sperrvermerk: Ausgaben i. H. v. 1 000 000 Euro bei Teilansatz IV, Nr. 3, „Neue Projekte für wohnungslose Menschen“, sind für beide Planjahre gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BE](#)
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 6
Haupt

Ansatz 2022	6 394 000 Euro	+500 000 Euro
Ansatz 2023	9 561 000 Euro	+500 000 Euro

Die Titelerläuterung folgender Teilansätzen wird neu gefasst:
2022

Teilansatz IV Nr. 3 500 000 Euro
Teilansatz IIV 1 800 000 Euro
Teilansatz IV Nr. 4 (neu) 500 000 Euro
2023

Teilansatz IV Nr. 3 500 000 Euro
Teilansatz IIV 1 800 000 Euro
Teilansatz IV Nr. 4 (neu) 500 000 Euro

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BG](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 11**
hier: lfd. Nr. 9
Haupt

Ansatz 2022	6 394 000 Euro	+40 000 Euro
Ansatz 2023	9 561 000 Euro	-300 000 Euro

VE 2022	8 234 000 Euro	+/-0
VE 2023	0	+/-0

Finanzierung für ein Modellprojekt, das die Problemstellung der sog. „Couch
Hopper“ in Angriff nimmt; 100 000 Euro in 2022 und 200.000 Euro in 2023

Teilansatz VIII (neu), BuT-Beratungsstelle

Ansatz 2022: 100 000 Euro

Ansatz 2023: 200 000 Euro

Teilansatz IX (neu), Projekt „Lebensnah e. V.“

Ansatz 2022: 40 000 Euro

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Titel **68406** (S. 42–51)

(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

[0332](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Austauschseite 8 zur lfd. Nr. 9 aus der roten Nr. 0200 AL – rote
Nr. 0200 AL-1 – sowie die Seiten 42–51 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aus-

sprache zur Kenntnis, lehnt die Änderungsanträge der AfD und der FDP ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum **Einzelplan 11** [0200 BE](#)
hier: lfd. Nr. 7 Haupt

Ansatz 2022	29 049 000 Euro	-500 000 Euro
Ansatz 2023	29 725 000 Euro	-500 000 Euro

Die Mittel bei I. „Spitzenverbandsförderung“ werden insgesamt um 500 000 Euro reduziert.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 11** [0200 BL](#)
hier: lfd. Nr. 10 Haupt

Ansatz 2022	29 049 000 Euro	+100 000 Euro
Ansatz 2023	29 725 000 Euro	+100 000 Euro

Mehr zur Ausweitung des Schuldnerberatungsangebots (2022: +100 000 Euro, 2023: +100 000 Euro).

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses Haupt
hier: **Titel 68431** (S. 52–54)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)
- b) Anlage zur roten Nummer 0332 zu [0332-1](#)
Kapitel 1150 Titel 68431 – Integriertes Haupt
Sozialprogramm

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD und der FDP ohne Aussprache ab und nimmt die Seiten 52–54 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – sowie die Anlage zur roten Nr. 0332 – rote Nr. 0332-1 – jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68455 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 10
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** [0200 BG](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	9 672 000 Euro	+/-0
Ansatz 2023	12 556 000 Euro	+500 000 Euro
VE 2022	13 265 000 Euro	+/-0
VE 2023	0	+/-0

Mobile Stadtteilarbeit +500.000 Euro in 2023 zur Überbrückung der Finanzierungslücke zu 2024. Anpassung der Erläuterung.

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 10 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BE](#)
Einzelplan 11
Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022	19 261 000 Euro	+205 000 Euro
Ansatz 2023	19 756 000 Euro	+205 000 Euro

Der Stellenplan wird um drei weitere Stellen E11 ergänzt. Drei zusätzliche Stellen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP ohne Aussprache ab.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 12.05.2022** [0200 AL](#)
hier: lfd. Nr. 11 Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 11** [0200 BG](#)
hier: lfd. Nr. 11 Haupt

Ansatz 2022	100 000 Euro	+/-0
Ansatz 2023	500 000 Euro	-205 000 Euro

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 11 aus der roten Nr. 0200 AL ohne Aussprache zur Kenntnis und nimmt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache an.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Titel 18212 – Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Titel 18112 und 23301** (S. 55–56)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 55–56 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Leitung der Behörde und Service –

Mitberaten wird:

- a) Vertraulicher Bericht SenIAS – III A 1.7 – vom [0121 B](#)
11.04.2022 Haupt
Übersicht über Objekte zur Unterbringung von Vertrauliche
Geflüchteten Beratung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)

- b) Sammelvorlage SenIAS – ZS A 1 – vom 16.05.2022 [0332](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: MUF (S. 5–7)
(Berichtsaufträge aus der 8. Sitzung vom 25.03.2022) Haupt

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu der Beantwortung schriftlich Fragen nachreichen werde. Eine Antwort bis September sei ausreichend.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass bis Mitte September eine entsprechende Antwort vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht rote Nr. 0121 B und die Seiten 52–54 aus der Sammelvorlage – rote Nr. 0332 – zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 15 Haupt

Ansatz 2022	5 732 000 Euro	-1 032 000 Euro
Ansatz 2023	5 790 000 Euro	-1 090 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen / Asylbewerber

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BL](#)
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 16 Haupt

Ansatz 2022	15 438 000 Euro	-1 438 000 Euro
Ansatz 2023	15 830 000 Euro	-2 330 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 11

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 830 000 Euro	-200 000 Euro
Ansatz 2023	5 800 000 Euro	-200 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 67159 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 12

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	82 100 000 Euro	-10 000 000 Euro
Ansatz 2023	83 555 000 Euro	-10 000 000 Euro
VE 2022	82 100 000 Euro	-10 000 000 Euro
VE 2023	83 555 000 Euro	-10 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68107 – Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 13

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	82 276 000 Euro	-8 200 000 Euro
Ansatz 2023	85 000 000 Euro	-8 200 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 68130 – Rückkehrförderung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 14

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	400 000 Euro	+3 000 000 Euro
Ansatz 2023	417 000 Euro	+3 000 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 17

[0200 BL](#)
Haupt

Ansatz 2022	5 693 000 Euro	-593 000 Euro
Ansatz 2023	5 750 000 Euro	-550 000 Euro

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD ohne Aussprache ab.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt stellt fest, damit sei die zweite Lesung des Einzelplans 11 beendet. Die Restelesung finde am 8. Juni 2022 statt.

[Lüftungspause von 13.50 bis 14.02 Uhr]

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022** [0200 AK](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 11 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- b) **Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum Einzelplan 13** [0200 BC](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 20 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- c) **Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 13** [0200 BD](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 10 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

- d) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 13** [0200 BI](#)
Haupt

Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 11 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.

übergreifend mitberaten wird:

- a) **Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom 16.05.2022** [0324](#)
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Bericht 1 – Zeitabläufe Verfahren**
Bericht 2 – Zivil- und Katastrophenschutz
Bericht 4 - Neustart und Förderung des Messe- und Kongressgeschäftes
Bericht 5 - Förderung des Neustarts des Tourismus
Bericht 6 - Übersicht aller Förderprogramme
Bericht 7 - Hilfsmaßnahmen und Programme auf Bundes- und Landesebene
Bericht 8 - Rückzahlung der Corona-Hilfen
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Heiko Melzer (CDU) kündigt an, die CDU-Fraktion werde ihre Änderungsanträge zur Schlusslesung des Einzelplans 13 einbringen. Zu den Berichten 1, 2, 4 und 5 aus der Sammelvorlage rote Nummer 0324 werde sie bis Freitag schriftliche Fragen einreichen.

Tobias Bauschke (FDP) kommt mit Bezug auf Bericht 2 darauf zu sprechen, dass die ostdeutschen Bundesländer beim Krisenteam Gas von Mecklenburg-Vorpommern vertreten würden. Die dortige Landesregierung sei bei dem Thema Gas etwas in Bedrängnis geraten. Welche Haltung nehme der Senat zu der Vertretungsrolle ein?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) spricht Bericht 8 und die Verschiebung der Mittel für die Integrationstaxen von SenIAS in Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation, Titel 68307 – Wirtschaftsförderung an. Im Ursprungstitel für die Zuschüsse für Taxiunternehmen sei die Anschaffung barrierefreier Taxen vermerkt. In Titel 68307 sei dieser Zweck nicht explizit genannt. Es gelte sicherzustellen, dass ein Teil der elektrischen Taxen barrierefrei sei. SenWiEnBe möge sich dazu entsprechend äußern.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) teilt mit, die Energieminister hätten vereinbart, dass sich die Bundesländer beim Krisenteam Gas vertreten ließen. Für die neuen Bundesländer sei Mecklenburg-Vorpommern insofern infrage gekommen, als dort Nord Stream 2 angeschlossen sei und dieses Bundesland am nächsten mit den Themen befasst sei, bspw. der Sicherstellung des Monitorings von Durchflussmengen etc. Es sei insofern sachgemäß, diese reine Koordinierungsaufgabe, die eine möglichst schnelle Organisation sicherstellen solle, bei dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern anzusiedeln.

Thomas Krause (SenWiEnBe) erklärt, in Absprache mit SenIAS werde seine Verwaltung über das WELMO-Programm, mit dem der wirtschaftsnahe Verkehr gefördert werde, auch die Inklusionstaxen fördern, wenn diese einen elektrischen Motor hätten. Die Mittel würden von SenIAS zu SenWiEnBe übertragen, und in dem Umfang, in dem Gelder vorhanden seien, erfolge die Förderung dieser Taxen.

Tobias Bauschke (FDP) stellt klar, ihn interessiere in erster Linie die politische Bewertung des Senats, was die Vertretung durch Mecklenburg-Vorpommern angehe.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erwidert, wenn sich die Frage auf die Antwort seiner Verwaltung zur Einrichtung eines Krisenmanagements beziehe, sei festzuhalten, dass es keine politische Bewertung gegeben habe. Es gehe darum, die Versorgungssicherheit der Unternehmen und damit auch der Bevölkerung zu gewährleisten, was sich einer politischen Bewertung entziehe. Es handle es sich insofern nicht um eine politische Fragestellung, sondern um eine rein pragmatische Lösung, damit bei einer Zuspitzung der Energieversorgung bzw. einer Mangellage schnell reagiert werden könne.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 1, 2, 4 bis 8 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

- b) Bericht SenWiEnBe – III AbtL 1 – vom 17.05.2022 [0338](#)
**Anpassung des Einzelplans 13 an die neue
Aufbauorganisation der Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie
Veränderungen im Zusammenhang mit dem
Einzelplan 11**
(unaufgefordert vorgelegt) Haupt

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, mit SenFin sei die Umsetzung der im Bericht genannten Titel aufgrund der veränderten Aufbauorganisation von SenWiEnBe sowie die Umsetzung im Zusammenhang mit Einzelplan 11 im Rahmen dort bestehender redaktioneller Kompetenzen nach Verabschiedung des Haushalts vereinbart worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nummer 0338 zur Kenntnis.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Politisch- Administrativer Bereich und Service –

Titel 11902 – Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 9 – Ablieferungen von Einnahmen aus
Nebentätigkeit
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 9 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 10 – Leistungsprämien
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 10 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 11 – Verzögerung beim Baufortschritt
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 11 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BI](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	0	-5 000 000
Ansatz 2023	-5 000 000	+/- 0

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 12 – Digitalisierung von Geschäftsprozessen
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 12 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Personalüberhang –**

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –**

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 13 – Gebühren nach Bundesrecht
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 13 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 2

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	25 000	+/-0
Ansatz 2023	65 000	- 40 000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:
TA 1: Evaluierung zur Erfassung der Wirkung des Berliner Ausschreibungs-
und Vergabegesetzes (BerlAVG)

Ansatz 2022	0
Ansatz 2023	0

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 14 – Evaluierung zur Erfassung der
Wirkung des Berliner Ausschreibungs- und Verga-
begesetzes (BerlAVG)**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der FDP-Fraktion ab und nimmt Bericht 14 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 54004 – Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 15 – Fachinformationssystem für Not-
fallvorsorge**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 15 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum

Einzelplan 13

[0200 BI](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 1

Ansatz 2022	1 490 000	-375 000
Ansatz 2023	2 540 000	- 1 425 000

2. Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher
Herkunft

Ansatz 2022	125.000	-125.000
Ansatz 2023	225.000	-225.000

12. Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds „Ökologischer Tourismus“

Ansatz 2022	200.000	-200.000
Ansatz 2023	500.000	-500.000

13. Geschäftsbesorgung für das Programm „Gründerinnen-Förderung“

Ansatz 2022	200.000	-200.000
Ansatz 2023	500.000	-500.000

14. Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds zur Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte

Ansatz 2022	50.000	-50.000
Ansatz 2023	200.000	-200.000

TA bei Nr. 2, 12, 13, 14 entfällt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 16 – Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm „Kongressfonds Berlin“**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion ab und nimmt Bericht 16 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 54053 – Veranstaltungen (LINKE)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 17 – Bezirksübergreifende Dialogformate zur Steuerung der Zusammenarbeit im Bereich bezirkliche Wirtschaftsförderung gemeinsam für alle 12 Bezirke**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 17 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BI](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Ansatz 2022	125 000	- 125 000
Ansatz 2023	500 000	- 500 000

Der Titel entfällt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Bericht 18 und 19 – Berlin Partner für**
Wirtschaft und Technologie GmbH (Berichtsaufträge
aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 18 und 19 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung

hierzu liegt vor:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,** [0200 AK](#)
Energie und Betriebe vom 11.05.2022 Haupt
hier: lfd. Nr. 1

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BI](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2022	140.000	- 100.000
Ansatz 2023	3.015.000	- 1.975.000

2. Unterstützung für die Transformation hin zur nachhaltigen Wirtschaft

Ansatz 2022	0	+/- 0
Ansatz 2023	750.000	- 750.000

3. Gründerinnen-Förderung

Ansatz 2022	100.000	- 100.000
Ansatz 2023	1.500.000	- 1.500.000

4. Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds

Ansatz 2022	0	+/- 0
Ansatz 2023	725.000	- 725.000

2. (neu) Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds

Ansatz 2022	-	+/- 0
Ansatz 2023	-	+ 1.000.000

TA bei Nr. 2, 3, 4 entfällt. Neuer TA als neue Nr. 2

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 1

[0200 BD](#)

Haupt

Ansatz 2022	140.000	+/- 0
Ansatz 2023	3.015.000	+ 575.000
VE 2022	3.015.000	+/- 0
VE 2023	-	+/- 0

Anpassung der Tabelle

TA 2: „Unterstützung für die Transformation hin zur nachhaltigen Wirtschaft“

Teilansatz 2022:	0
Teilansatz 2023:	1.000.000

TA 3: „Gründerinnen-Förderung“

Teilansatz 2022:	100.000
Teilansatz 2023:	1.750.000

TA 4: „Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds“

Teilansatz 2022:	0
Teilansatz 2023:	800.000

- d) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 3
Haupt

Ansatz 2022	140.000	+/- 0
Ansatz 2023	3.015.000	+ 500.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 3: Gründerinnen Förderung

Ansatz 2022	100.000
Ansatz 2023	2.000.000

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 1 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion ab, stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Koalitionsfraktionen zu und lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der FDP-Fraktion ab.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022** [0200 AK](#)
hier: lfd. Nr. 2
Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum [0200 BI](#)
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 3
Haupt

Ansatz 2022	31.423.000	+/- 0
Ansatz 2023	32.830.000	- 6.850.000

7. Maßnahmen zum Neustart der Einzelhandelsbranche

Ansatz 2022	650.000	+/- 0
Ansatz 2023	850.000	- 850.000

8. Maßnahmen zum Neustart der Gastronomiebranche

Ansatz 2022	500.000	+/- 0
Ansatz 2023	500.000	- 500.000

10. Maßnahmen zum Neustart der Kongress- und Veranstaltungsbranche

Ansatz 2022	4.000.000	+/- 0
Ansatz 2023	3.000.000	- 3.000.000

12. Fonds „Ökologischer Tourismus“

Ansatz 2022	0	+/- 0
Ansatz 2023	2.500.000	- 2.500.000

TA bei Nr. 12 entfällt.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 4

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	31.423.000	+/- 0
Ansatz 2023	32.830.000	- 500.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 12: Fonds „Ökologischer Tourismus“

Ansatz 2022	0
Ansatz 2023	0

TA 9: Maßnahmen zum Neustart der Tourismusbranche

Ansatz 2022	5.000.000
Ansatz 2023	5.000.000

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 2

[0200 BD](#)
Haupt

Ansatz 2022	31.423.000	+/- 0
Ansatz 2023	32.830.000	+ 520.000
VE 2022	14.950.000	+/- 0
VE 2023	9.000.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle

TA 5: „Industriesalon Oberschöneeweide“

Teilansatz 2022:	110.000
Teilansatz 2023:	130.000

TA 12: „Fonds „Ökologischer Tourismus““

Teilansatz 2022:	0
Teilansatz 2023:	3.000.000

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 2 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis. Er lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der AfD-Fraktion sowie den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der FDP-Fraktion ab. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 20 – Bezirkliche Tourismusförderung**

Bericht 21 – Maßnahmen 7 bis 10

Bericht 22 - Touristischer Datenhub

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kommt darauf zu sprechen, dass lt. Bericht 20 die Veröffentlichung des Teilnahmeaufrufs für den Bürger/-innenbeirat für Berlin-Tourismus pausiere. Wann werde der Neustart stattfinden?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erwidert, er werde im zweiten Halbjahr 2022 auf den Weg gebracht. Die Verwaltung befinde sich derzeit in der Abstimmung mit den Bezirken.

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt mit Bezug auf Bericht 22, wann der touristische Datenhub in Betrieb genommen werde. Wie viele Mitarbeiter würden benötigt?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) antwortet, man befinde sich derzeit noch in der Konzeptionsphase. Wie viel Personal eingesetzt werde, sei noch nicht klar. Es werde sich um ein lernendes System handeln, das in Kürze starten werde. Die Datenabfrage im touristischen Bereich gestalte sich sehr kompliziert, da die Daten aus unterschiedlichen Informationsquellen zusammengetragen werden müssten. Man habe sich daher darauf verständigt, eine Art One-Stop-Agency dafür einzurichten.

Vorsitzende Franziska Becker hält die Bitte von **Dr. Kristin Brinker** (AfD) fest, dass der Ausschuss Ende des Jahres einen Sachstandsbericht erhalte.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 20 bis 22 aus der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 13

[0200 BI](#)
Haupt

hier: lfd. Nr. 4

Ansatz 2022	1.043.000	- 300.000
Ansatz 2023	1.194.000	- 470.000

5. Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft

Ansatz 2022	150.000	- 150.000
Ansatz 2023	150.000	- 150.000

8. Unterstützung Meisterausbildung von Frauen und weiterer unterrepräsentierter Gruppen

Ansatz 2022	100.000	- 100.000
Ansatz 2023	220.000	- 220.000

9. Zuschüsse für Weiterbildungsprogramme für Frauen, die Führungspositionen anstreben oder innehaben

Ansatz 2022	50.000	- 50.000
Ansatz 2023	100.000	- 100.000

TA bei Nr. 5, 8, 9 entfällt.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 5

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	1.043.000	+ 20.000
Ansatz 2023	1.194.000	+ 60.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst
TA 3: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW) für das Schülerprojekt JUNIOR

Ansatz 2022	100.000
Ansatz 2023	120.000

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der AfD-Fraktion sowie den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der FDP-Fraktion ab.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022**
hier: lfd. Nr. 3

[0200 AK](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 3

[0200 BD](#)
Haupt

Ansatz 2022	3.500.000	+/- 0
Ansatz 2023	3.500.000	+ 350.000
VE 2022	2.000.000	+/- 0
VE 2023	2.000.000	+/- 0

„Jedem Bezirk werden für bezirkseigene Projekte mindestens 150.000 € zur Verfügung gestellt. Zusätzlich sollen insgesamt 350.000 € ab dem Jahr 2023 für die direkte Unterstützung von Tourismusvereinen und touristischen Arbeitsgemeinschaften der 12 Bezirke zu ihrer strukturellen Stärkung sowie sonstigen tourismuspolitischen Kiezinitiativen und Projekten im Sinne des Tourismuskonzeptes verwendet werden.“ (Verbindliche Erläuterung).

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 23 – Zuschüsse für besondere
touristische Projekte**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 3 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Koalitionsfraktionen zu. Er nimmt den Bericht 23 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

Produktdarstellung

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 24 – Produktdarstellung zur
Landeskartellbehörde**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) teilt mit, vor dem Hintergrund der geschilderten Aufgaben wie auch des voraussichtlichen Zuwachses an Arbeitsbelastung halte er die Ausstattung der Landeskartellbehörde mit zwei Stellen für nicht ausreichend. Seiner Fraktion erscheine gerade in der momentanen Zeit das Kartellrecht äußerst wichtig. Sehe die Verwaltung personellen Veränderungs- bzw. Verstärkungsbedarf? Er bitte um einen Folgebericht zu den Eingängen und Erledigungen in der Behörde; die weitere Entwicklung dort sollte im Auge behalten werden.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) bemerkt, die Frage spreche ihm ein Stück weit aus dem Herzen, denn tatsächlich würden kartellrechtliche Bewertungen im Land Berlin eher zu- als abnehmen; die personelle Ausstattung sei insofern knapp gerechnet. Gerade bei dem Thema Energie sei noch einmal eine besondere Dynamik entstanden, und insbesondere den Bereich Fernwärme werde man sich genauer anschauen müssen. Aufgrund der Anbieterstruktur – ein Anbieter – ergebe sich hier eine besondere Situation.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe) ergänzt, es sei absehbar, dass gerade im Bereich Fernwärme mehr Beschwerden eingehen würden. Man sollte die Situation bis Ende des Jahres beobachten; ein bis zwei Stellen würden mit Sicherheit erforderlich sein.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, es sei nachvollziehbar, dass die Verwaltung ein Interesse daran habe, einen Stellenzuwachs zu erfahren. Auf Arbeitsbedarfe könne unterschiedlich reagiert werden. Er halte es gleichfalls für sinnvoll, die Entwicklung zu beobachten. Der bereits erbetene Bericht möge auch darüber Auskunft geben, inwieweit die Verwaltung in der Lage sei, die Arbeitslast durch Schwerpunktsetzung im Hause zu bewältigen.

Der **Ausschuss** erwartet einen Folgebericht zum Ende des Jahres. Er nimmt Bericht 24 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Bericht 25 – Titel 27292

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 25 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Bericht 26 – Titel 27295

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 26 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020)**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Bericht 27 – Titel 27296

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 27 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2021-2027)**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: Bericht 28 – Titel 27297

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 28 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 33191 – Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: Bericht 29 – Titel 33191

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 29 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 33191 – Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Titel 88307 – Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen der GRW

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: Bericht 29 – Titel 33191 und Titel 88307

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 29 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: Bericht 30 – Gewinnablieferungen der

Anstalten des öffentlichen Rechts

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 30 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 6

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	100.000	+/- 0
Ansatz 2023	150.000	+/- 0

Anbringung Haushaltsvermerk:
Qualifizierter Sperrvermerk: Die Mittel sind bis zur Benennung der in Frage kommenden Orte gesperrt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 31 – GründungsBONUS**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 31 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 67140 – Ausgleich von Ausfällen der IBB aus dem Liquiditätsfonds Berlin –

hierzu liegt vor:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Betriebe vom 11.05.2022**
hier: lfd. Nr. 4

[0200 AK](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 4

[0200 BD](#)
Haupt

Ansatz 2022	6.000.000	+/- 0
Ansatz 2023	3.000.000	- 1.000.000

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 4 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK ohne Aussprache zur Kenntnis. Dem Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der Koalitionsfraktionen wird ohne Aussprache zugestimmt.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom 16.05.2022	0324 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses <u>hier: Bericht 32 – Betriebsverlagerungen</u> (Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022) Einzelplan 13 und 27	

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 32 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68311 – Zuschüsse an Unternehmen zur Soforthilfe –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 13 <u>hier:</u> lfd. Nr. 5	0200 BI Haupt	
Ansatz 2022	35.000.000	- 12.500.000
Ansatz 2023	25.000.000	- 15.000.000
2. Fortsetzung der Soforthilfe IV		
Ansatz 2022	25.000.000	- 12.500.000
Ansatz 2023	15.000.000	- 15.000.000

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom 16.05.2022	0324 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses <u>hier: Bericht 3 – Fortsetzung der Soforthilfe IV</u> (Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022) Einzelplan 13 und 27	

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der AfD-Fraktion ab und nimmt Bericht 3 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 33 und 34 – WISTA Management
GmbH
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 33 und 34 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 83167 – Einrichtung einer Berliner Turnaround-Gesellschaft
(Sanierungsbeteiligungsgesellschaft) bei der IBB**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	5.000.000	- 5.000.000
Ansatz 2023	5.000.000	- 5.000.000

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 35 – Berliner Turnaround-Gesellschaft
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der FDP-Fraktion lfd. Nr. 7 ab und nimmt Bericht 35 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 86212 – Darlehen und andere Finanzinstrumente an Unternehmen zur Soforthilfe –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 36 – Darlehen und andere Finanzin-**
strumente an Unternehmen zur Soforthilfe

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 36 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89123 – Zuschüsse an das SILB zur Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 37 – ICC**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 37 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: Unterstützung der Aufbauphase

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 38 – Förderprogramm Unterstützung
der Aufbauphase**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 38 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89360 – Energetische Modernisierung von Wohngebäuden

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **Bericht 39 – Energetische Modernisierung von**
Wohngebäuden
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 39 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 67125 – Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 8

Ansatz 2022	13.000.000	+/- 0
Ansatz 2023	13.000.000	+/- 0

Die Mittel sind bis zur Prüfung und Vorlage eines Weiterentwicklungskonzepts der Messe qualifiziert gesperrt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 83103 – Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Ansatz 2022	36.500.000	+/- 0
Ansatz 203	7.500.000	+/- 0

Die Mittel sind bis zur Prüfung und Vorlage eines Weiterentwicklungskonzepts der Messe qualifiziert gesperrt.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

**hier: Bericht 40 – Kapitalzuführung an die Messe
Berlin GmbH**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der FDP-Fraktion ab und nimmt Bericht 40 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

**hier: Bericht 41 bis 43 – Anteil an der Straßenreini-
gung**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte 41 bis 43 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG –

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses

hier: Bericht 44 – BVG

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 44 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten –

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –
Energie, Digitalisierung und Innovation -**

Neuer Titel – Gesamtstädtisches Energieversorgungskonzept 2030

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum			0200 BC
Einzelplan 13			Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 1			
Ansatz 2022	0	+ 100.000	
Ansatz 2023	0	+ 800.000	
Neuer Titel			
Ansatz 2022	100.000		
Ansatz 2023	800.000		

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Energieforschung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum			0200 BI
Einzelplan 13			Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 11			
Ansatz 2022	-	+ 1.500.000	
Ansatz 2023	-	+ 18.000.000	
1. Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Energiepolitik			
Ansatz 2022	-	+ 500.000	
Ansatz 2023	-	+ 1.000.000	
2. Berliner Zentrum für Angewandte Energieforschung			
Ansatz 2022	-	+ 1.000.000	
Ansatz 2023	-	+ 17.000.000	

Die Senatsverwaltung legt zeitnah ein Konzept zur Förderung der Kernforschung und der Einrichtung eines Berliner Zentrums für Angewandte Energieforschung nach dem organisatorischen Vorbild des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie vor.

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 23232 – Einnahmen aus mess- und eichtechnischen Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 45 – Mess- und eichtechnischen Dienst-
leistungen
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

[0324](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 45 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Betriebe vom 11.05.2022**
hier: lfd. Nr. 5

[0200 AK](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 6

[0200 BI](#)
Haupt

Ansatz 2022	249.000	- 129.000
Ansatz 2023	299.000	- 179.000

2. Studie zur Identifikation von Flächen für Energiewende-Infrastruktur

Ansatz 2022	129.000	- 129.000
Ansatz 2023	179.000	- 179.000

TA bei Nr. 2 entfällt.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 10

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	249.000	- 120.000
Ansatz 2023	299.000	- 120.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 1: Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen im Bereich Infrastrukturunternehmen

Ansatz 2022 0

Ansatz 2023 0

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BD](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Haupt
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 5

Ansatz 2022	249.000	+ 50.000
Ansatz 2023	299.000	+ 200.000
VE 2022	250.000	+/- 0
VE 2023	100.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle: TA 3 (neu): „Erstellung einer Machbarkeitsstudie für einen planbaren und sozialverträglichen Erdgasausstieg.“

2022: 50.000

2023: 200.000

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 5 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der AfD-Fraktion ab. Er lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der FDP-Fraktion ab und stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Ansatz 2022	26.535.000	- 1.849.800
Ansatz 2023	21.448.000	- 1.486.700

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 4: Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit dem Erwerb energiewirtschaftlicher Beteiligungen

Ansatz 2022 0

Ansatz 2023 0

TA 5: Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit der Schaffung von Verbundstrukturen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur

Ansatz 2022 0

Ansatz 2022 0

TA 15: Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ WELMO

Ansatz 2022 0

Ansatz 2022 0

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom 16.05.2022 [0324](#)
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 46 und 47 – Titel 54010
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27
- b) Bericht SenWiEnBe – III AbtL 1 – vom 04.05.2022 [0342](#)
Haupt
Ausweitung der Innovationsförderung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung aus der 18. WP vom 26.05.2021)

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der FDP-Fraktion ab und nimmt die Berichte 46 und 47 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 sowie den Bericht rote Nr. 0342 zur Kenntnis.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022** [0200 AK](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 6
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 13** [0200 BD](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 6

Ansatz 2022	500.000	+/- 0
Ansatz 2023	1.000.000	+ 400.000
VE 2022	4.000.000	+/- 0
VE 2023	4.000.000	+/- 0

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 6 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der Koalitionsfraktionen zu.

Neuer Titel – Härtefonds Energie –

hierzu liegt vor:

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Betriebe vom 11.05.2022**
hier: lfd. Nr. 7

[0200 AK](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, üblicherweise übernehme die Koalition die Vorschläge aus dem Fachausschuss. In diesem Fall tue sie dies nicht, da sie beabsichtige, das Thema Härtefonds Energie etwas größer anzusteuern.

Der **Ausschuss** nimmt lfd. Nr. 7 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis.

Titel 68251 – Zuschuss an die Digitalagentur GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 12

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	3.414.000	- 3.414.000
Ansatz 2023	3.449.000	- 3.449.000

Ohne **Aussprache** lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der FDP-Fraktion ab.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

hierzu liegt vor:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Betriebe vom 11.05.2022**
hier: lfd. Nr. 8

[0200 AK](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 13 – TA 2

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	24.780.000	- 8.120.000
Ansatz 2023	27.695.000	- 7.575.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 2: Förderprogramm "Wirtschaftsnahe Elektromobilität"

Ansatz 2022	0
Ansatz 2023	0

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13
Haupt
hier: lfd. Nr. 14 – TA 7

Ansatz 2022	24.780.000	+ 3.414.000
Ansatz 2023	27.695.000	+ 3.449.000

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

TA 7: Förderprogramm Digitalprämie Berlin

Ansatz 2022	9.914.000
Ansatz 2023	5.949.000

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion [0200 BD](#)
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 13**
Haupt
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz 2022	24.780.000	- 200.000
Ansatz 2023	27.695.000	- 1.000.000
VE 2022	23.105.000	+/- 0
VE 2023	14.650.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle:

TA 2: Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“; Landesmittel ohne Kofinanzierung:

2022:	7.920.000
2023:	7.575.000

TA 4: „Förderprogramm zum zukunfts- und leistungsfähigen Breitbandausbau im Land Berlin (Gigabitförderung)“; Landesmittel ohne Kofinanzierung:

2022:	590.000
2023:	5.750.000

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 8 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und lehnt die Änderungsanträge lfd. Nrn. 13 und 14 der FDP-Fraktion ab. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der Koalitionsfraktionen ebenfalls ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 48 – Wirtschaftsförderung**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zum Jahresende um einen Folgebericht zum Stand der Abfragequote zum Förderprogramm „Abbiegeassistent“.

Der **Ausschuss** beschließt die Berichtsbitte und nimmt Bericht 48 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022** [0200 AK](#)
hier: lfd. Nr. 9 Haupt
- b) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 13** [0200 BI](#)
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

Ansatz 2022	4.659.000	- 3.037.000
Ansatz 2023	4.957.000	- 3.325.000

1. Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik

Ansatz 2022	1.000.000	- 1.000.000
Ansatz 2023	1.200.000	- 1.200.000

3. Zuwendung an das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ)

Ansatz 2022	319.000	- 319.000
Ansatz 2023	325.000	- 325.000

4. Zuwendung an die Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH (BGZ)

Ansatz 2022	464.000	- 464.000
Ansatz 2023	491.000	- 491.000

7. Zuwendung zur Finanzierung des Promotorinnen-/Promotorenprogramms in Berlin

Ansatz 2022	275.000	- 275.000
Ansatz 2023	275.000	- 275.000

8. Zuwendung an den Berlin Global Village gGmbH

Ansatz 2022	247.000	- 247.000
Ansatz 2023	253.000	- 253.000

10. Zuwendung an die Hochschule für Wirtschaft und Recht für den Studiengang „Global Labour Policies and Globalisation“

Ansatz 2022	104.000	- 104.000
Ansatz 2023	106.000	- 106.000

11. Bezirksfonds zur Durchführung entwicklungspolitischer Projekte (auftragsweise Bewirtschaftung)

Ansatz 2022	73.000	- 73.000
Ansatz 2023	100.000	- 100.000

12. Zuwendung an enpact e.V. zum Aufbau nachhaltiger Kooperationen und Austauschprogramme zwischen Berliner Start Ups und Ökosystem-Akteuren und Partner*innen aus dem globalen Süden

Ansatz 2022	209.000	- 209.000
Ansatz 2023	214.000	- 214.000

14. Koordinierungsstelle Decolonize Berlin

Ansatz 2022	346.000	- 346.000
Ansatz 2023	351.000	- 351.000

- c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 8

[0200 BD](#)
Haupt

Ansatz 2022	4.659.000	+/- 0
Ansatz 2023	4.957.000	+ 960.000
VE 2022	1.985.000	+/- 0
VE 2023	600.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle:

TA 1: „Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik“

2022:	1.000.000
2023:	1.700.000

TA 8: „Zuwendung an den Berlin Global Village gGmbH“

2022:	247.000
2023:	713.000

TA 15: „Aktionsbündnis Fairer Handel“

2022:	450.000
2023:	355.000

TA 17 (neu): „Zuwendung Zuwendungen an den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER)“

2022: 200.000

2023: 300.000

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)

Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

**hier: Bericht 49 – Zuschüsse an Einrichtungen der
internationalen Kooperation**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 9 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der AfD-Fraktion ab. Er stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der Koalitionsfraktionen zu und nimmt Bericht 49 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu liegt vor:

a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Betriebe vom 11.05.2022**

[0200 AK](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 10

b) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 13**

[0200 BI](#)

Haupt

hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	1.158.000	+/- 0
Ansatz 2023	1.458.000	- 300.000

5. Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Solarhandwerks

Ansatz 2022	0	+/- 0
Ansatz 2023	100.000	- 100.000

6. Klimawerkstatt Berlin

Ansatz 2022	0	+/- 0
Ansatz 2023	200.000	- 200.000

- c) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 15

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	1.158.000	- 250.000
Ansatz 2023	1.458.000	- 250.000

Streichung TA 2: Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene.

Die Titelerläuterung wird entsprechend angepasst:

Ansatz 2022	0
Ansatz 2023	0

- d) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 9

[0200 BD](#)
Haupt

Ansatz 2022	1.158.000	+ 150.000
Ansatz 2023	1.458.000	+ 200.000
VE 2022	1.130.000	+/- 0
VE 2023	1.755.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle:

TA 3: „Solarzentrum Berlin“

2022:	650.000
2023:	700.000

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022

[0324](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**

hier: **Bericht 50 – Förderung von Lärmschutzmaß-
nahmen im Bereich der Clubszene**

(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)

Einzelplan 13 und 27

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 10 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der AfD-Fraktion ab. Er lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der FDP-Fraktion ab, stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der Koalitionsfraktionen zu und nimmt, ebenfalls ohne Aussprache, Bericht 50 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 69806 – Innovationsförderung –

hierzu liegt vor:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 11.05.2022** [0200 AK](#)
Haupt
hier: lfd. Nr. 11
- b) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [0200 BD](#)
Haupt
zum **Einzelplan 13**
hier: lfd. Nr. 10

Ansatz 2022	41.997.000	+/- 0
Ansatz 2023	54.473.000	- 1.405.000
VE 2022	31.589.000	+/- 0
VE 2023	33.129.000	+/- 0

Anpassung der Tabelle:

TA 8: „Innovationen für die Mobilitätswende“; Landesmittel:

2022:	300.000
2023:	1.047.000

TA 12: „Modellprojekte zur Umsetzung der innoBB 2025“; Landesmittel:

2022:	5.000.000
2023:	4.000.000

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** lfd. Nr. 11 der Stellungnahme rote Nr. 0200 AK zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 88102 – Zuweisungen an den Bund für Investitionen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022
Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: **Bericht 51 – Zuweisungen an den Bund für In-
vestitionen**
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 51 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom [0324](#)
16.05.2022 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 52 – Zuschüsse für Investitionen zur
Unterstützung des Solarausbaus
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

Der **Ausschuss** nimmt Bericht 52 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68201 – Zuschüsse an LHO-Betriebe –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 16

Ansatz 2022	2.465.000	- 2.465.000
Ansatz 2023	2.465.000	- 2.465.000
VE 2022	3.120.000	- 3.120.000
VE 2023	600.000	- 600.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 16 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum [0200 BC](#)
Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 17

Ansatz 2022	2.000.000	- 2.000.000
Ansatz 2023	2.000.000	- 2.000.000
VE 2022	6.000.000	- 6.000.000
VE 2023	4.000.000	- 6.000.000

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 3 – vom
16.05.2022
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses**
hier: Bericht 53 – Zuschüsse zur Deckung von Be-
triebsverlusten des Verteilnetzbetreibers Gas
(Berichtsaufträge aus der 11. Sitzung vom 06.04.2022)
Einzelplan 13 und 27

[0324](#)
Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag lfd. Nr. 17 der FDP-Fraktion ab und nimmt Bericht 53 der Sammelvorlage rote Nr. 0324 zur Kenntnis.

Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 18

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	750.000	- 750.000
Ansatz 2023	750.000	- 750.000
VE 2022	1.480.000	- 1.480.000
VE 2023	100.000	- 100.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68231 – Zuschüsse an Berlin Energie Rekom GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 19

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	20.000	- 20.000
Ansatz 2023	20.000	- 20.000
VE 2022	60.000	- 60.000
VE 2023	60.000	- 60.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 19 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68233 – Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 1) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der FDP zum
Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 20

[0200 BC](#)
Haupt

Ansatz 2022	245.000	- 245.000
Ansatz 2023	245.000	- 245.000
VE 2022	520.000	- 520.000
VE 2023	90.000	- 90.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 20 der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, die zweite Lesung des Einzelplans 13 sei damit abgeschlossen. Die Restelesung finde am 8. Juni statt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.